

50 Jahre nach dem Völkermord in Biafra - Gewalt in Nigeria nimmt wieder zu



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Ulrich Delius, Ramona Ehl

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler, Isabelle Ortmüller

Titelfotos: Tilman Zülch (Foto links); S Martin/Flickr CC BY-NC 2.0 (Foto rechts)

Preis: 5 Euro

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im
Mai 2017**

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung	5
2.	Empfehlungen	9
3.	Proteste	10
4.	Festnahmen	17
5.	Umstrittenes Gerichtsverfahren gegen Nnamdi Kanu-	27
6.	Übermäßige Gewalt der Sicherheitskräfte	36
7.	Streit um Vorwürfe von Amnesty International	45
8.	Pressefreiheit	49
9.	Staatspräsident Buhari unterschätzt Protestbewegung in Biafra	50
10.	Geringe Aufmerksamkeit	53
11.	Fulani-Krise eskaliert	54
12.	Geschichte des Völkermordes in Biafra	73

1. Zusammenfassung



Die nigerianische Armee setzte beim Völkermord in Biafra die Aushungerung der Bevölkerung systematisch als Kriegswaffe ein. Foto: Tilman Zülch

50 Jahre nach Beginn des Völkermords in Biafra nehmen Spannungen und Gewalt im Südosten Nigerias erneut zu. Schwere Menschenrechtsverletzungen an Biafranern und die massive Zunahme von Übergriffen von Fulani-Nomaden schaffen dort ein Klima der Gewalt und drohen, die Region in einen Bürgerkrieg zu stürzen.

Diese alarmierende Entwicklung ist auch eine Folge der gezielten jahrelangen Tabuisierung des Genozids durch die nigerianische Staatsführung, politische Parteien und Gesellschaft. Anstatt aus dem Völkermord zu lernen und sich um seine Aufarbeitung sowie um eine politische Lösung der Biafra-Frage zu bemühen, werden die Belange der Biafraner seit Jahrzehnten ignoriert. Die Politik der Marginalisierung und Diskriminierung des Südostens des Landes, die den Völkermord (1967–70) mit verursacht hat, wird fortgesetzt.

Die nigerianische Staatsführung begreift die Biafra-Frage nicht als politisches Problem, das eine politische Lösung braucht, sondern sieht darin ein Sicherheitsproblem. Sie führt keinen politischen Dialog mit allseits anerkannten Nichtregierungsorganisationen und politischen Repräsentanten Biafras. Stattdessen setzt die Regierung auf massive und exzessive Gewalt durch Sicherheitskräfte sowie auf die Verweigerung von grundlegenden Bürgerrechten für Biafra-Befürworter. So wird Aktivisten der Pro-Biafra-Organisationen IPOB, MASSOB, BZM und BIM das in der Verfassung festgeschriebene Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verweigert. Sie werden willkürlich verhaftet, entführt oder erschossen.

In dem vorliegenden Menschenrechtsreport dokumentiert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Festnahme von 1.244 Biafra-Aktivisten im Zeitraum von September 2015 bis Mai 2017. Unsere Menschenrechtsorganisation geht davon aus, dass die Dunkelziffer bei den Verhaftungen hoch ist und dass tatsächlich noch sehr viel mehr Unterstützer von Biafra-Organisationen festgenommen wurden. Nach der blutigen Niederschlagung von Protesten durchsuchen Sicherheitskräfte selbst Krankenhäuser nach verletzten Demonstranten, die ungeachtet ihres kritischen Gesundheitszustands festgenommen werden. Krankenhäuser werden angewiesen, die Behandlung „verdächtiger verletzter Demonstranten“ sofort zu melden.

Die meisten Festgenommenen kommen nach kurzer Zeit wieder frei. Andere werden monate- oder jahrelang ohne ein reguläres oder faires Gerichtsverfahren in Haft gehalten. Vor Gericht werden die Angeklagten meist freigesprochen, weil es der Staatsanwaltschaft regelmäßig nicht gelingt, stichhaltige Beweise für ihren Vorwurf des Hochverrats gegenüber Biafra-Demonstranten vorzulegen. Mit besonderer Sorge verfolgen wir das Schicksal von 35 Langzeit-Inhaftierten, die bereits seit mehreren Jahren in Gewahrsam gehalten werden.

In dem Report wird auch die Erschießung von 180 Biafra-Aktivisten durch Sicherheitskräfte im Zeitraum August 2015 bis April 2017 dokumentiert. Der exzessive Einsatz von Gewalt durch Armee und Polizei schürt massiv Menschenrechtsverletzungen im Südosten Nigerias. Immer wieder werden friedliche Versammlungen oder Demonstrationen von Pro-Biafra-Organisationen äußerst gewaltsam aufgelöst. Die Sicherheitskräfte nehmen dabei den gewaltsamen Tod von Zivilisten zumindest billigend in Kauf. Doch niemand hat das Recht, friedliche Demonstranten zu erschießen, nur weil sie ihre Kritik öffentlich vorbringen. Regelmäßig versuchen die Sicherheitskräfte nach solchen Übergriffen

die Spuren der Gewaltanwendung zu verwischen und mögliche Beweise zu vernichten. So wurden nach einem Massaker bei einer Biafra-Gedenkveranstaltung die 13 Leichen der Erschossenen auf einer Müllkippe abgelegt. Als Menschenrechtler auf das Massengrab aufmerksam wurden und eine Untersuchung der Geschehnisse forderten, versuchte man die Leichname kurzerhand vor Ort zu verbrennen, um Beweise für das Verbrechen zu vernichten.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) hat in einem im November 2016 veröffentlichten Report beschrieben, dass 150 Biafra-Aktivisten durch den Einsatz von Sicherheitskräften zu Tode kamen. Nigerias Armee, Polizei und Regierung haben die ai-Vorwürfe entschieden zurückgewiesen und der Menschenrechtsorganisation „Einseitigkeit“, die „Verbreitung von Lügen“ und die „Destabilisierung Nigerias“ vorgeworfen. Zugleich wurde aus dem politischen Umfeld von Staatspräsident Buhari in der Öffentlichkeit eine Diffamierungskampagne gegen die Nichtregierungsorganisation lanciert, die befremdet und dem Ansehen Nigerias als Demokratie schadet. Der Streit um die ai-Vorwürfe zeigt, wie sehr die Tabuisierung der Biafra-Frage noch immer unmittelbare Auswirkungen auf die Menschenrechtslage in Nigeria hat.

Auch die Pressefreiheit wird bei Veröffentlichungen über Biafra immer wieder eingeschränkt und Journalisten sowie Zeitungsverkäufer werden bedrängt oder kriminalisiert, um die Veröffentlichung und Verbreitung von Biafra-relevanten Publikationen zu unterbinden. Tiefe Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit Nigerias wecken auch die seit Herbst 2015 eingeleiteten Gerichtsverfahren gegen den lange inhaftierten IPOB-Vorsitzenden und Gründer von Radio Biafra, Nnamdi Kanu. Als Drahtzieher der diversen Gerichtsprozesse gilt der Nationale Geheimdienst (DSS), der offenbar eine langjährige Haftstrafe für Kanu anstrebte, aber gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft zu wenig Beweise für seine Anschuldigungen vorlegte. Kanu wurde im April 2017 aus medizinischen Gründen Haftverschonung gewährt. Er wurde auf Kautionsfreilassung. Die Gouverneure der Bundesstaaten im Südosten Nigerias hatten sich für seine Freilassung eingesetzt, weil sie über die zunehmenden öffentlichen Proteste seiner Anhänger besorgt waren.

Die Gewalt im Südosten Nigerias könnte noch zunehmen, denn es droht eine Eskalation des Fulani-Konflikts. Der seit Jahrzehnten andauernde Streit zwischen Fulani-Hirten und seit alters her in den Regionen ansässigen Bauern hat im Jahr 2016 in Nigeria bereits mehr Menschenleben gekostet als der weltweit sehr beachtete Boko-Haram-Konflikt. Seit dem Jahr 2015 verlagert sich der Konflikt

immer stärker in den Süden und Südosten Nigerias und überschattet die Biafra-Frage.

Fast täglich ereignen sich neue Übergriffe, bei denen viele Zivilisten zu Tode kommen. Bauern beklagen, dass ihre Felder von den Herden der Nomaden zerstört werden. Dadurch würden ihre Eigentumsrechte verletzt und ihre Lebensgrundlage zerstört. Nachdrücklich fordern die Bauern einen besseren Schutz durch den Staat und seine Sicherheitskräfte, denen sie vorwerfen, die Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren und einseitig für die Hirten Partei zu ergreifen.

Klimawandel, die zunehmende Einzäunung von Weiden, hohes Bevölkerungswachstum, schwindende Ressourcen, Vergrößerung der Viehherden, ethnische und religiöse Vorbehalte – die Ursachen des Fulani-Konflikts sind vielschichtig. Doch im Südosten Nigerias wirkt sich die Tabuisierung des Völkermordes in Biafra auch negativ auf den Fulani-Konflikt aus. Denn die meist christlichen Bauern sehen in den Übergriffen muslimischer Fulani-Nomaden Grundmuster, die sie aus dem Genozid kennen. Biafras Igbo und andere ethnische Gruppen fürchten um den Schutz ihrer Rechte und ihrer Existenz. Nigerias Regierung muss daher der Suche nach einer umfassenden Lösung des Fulani-Konfliktes absoluten Vorrang geben, um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. Sollte es nicht gelingen, den Fulani-Konflikt zu lösen, könnte Nigeria ein Bürgerkrieg drohen.

2. Empfehlungen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker empfiehlt der Regierung Nigerias folgende Maßnahmen, um eine weitere Eskalation der Gewalt in Biafra zu verhindern:

- Freilassung aller wegen Hochverrats, Teilnahme an illegalen Demonstrationen und anderer politischer Delikte inhaftierten Biafra-Aktivisten
- Respektierung grundlegender Bürger- und Menschenrechte in Biafra
- Unabhängige Untersuchung des exzessiven Einsatzes von Gewalt durch Sicherheitskräfte und Bestrafung Verantwortlicher
- Ende der Straflosigkeit für Übergriffe auf Biafra-Aktivisten
- Biafra-Frage endlich als politisches Problem begreifen, das eine politische Lösung braucht, und nicht vorrangig als Sicherheitsproblem
- Wirksamer Schutz der bäuerlichen Bevölkerung vor neuen Übergriffen von Fulani-Nomaden – Einsatz elektronischer Überwachungssysteme zur Verhinderung neuer Gewalt
- Fulani-Krise ernst nehmen, nicht länger ignorieren – Staat muss neutraler Wahrer von Recht und Gesetz sein - Lösungsvorschläge zeitnah und glaubwürdig umsetzen,
- Ende der Tabuisierung des Völkermordes in Biafra vor 50 Jahren – Aufarbeitung des Genozides fördern - Schulbücher überarbeiten – Diskriminierung von Biafranern beenden
- Förderung von Verständigung und Versöhnung zwischen verfeindeten ethnischen Gruppen

3. Proteste



Protest von Exil-Biafranern in Schweden, Foto von Sigfrid Lundberg/Flickr CC BY-SA 2.0

50 Jahre nach dem Beginn des Völkermords in Biafra ist die Frage, ob diese Region ein unabhängiger Staat werden soll, heute in Nigeria aktueller denn je zuvor. Täglich berichten nigerianische Medien über neue Proteste von Pro-Biafra-Organisationen, die auch Menschenrechtsverletzungen nigerianischer Sicherheitskräfte anprangern. Jahrzehntlang war es nach dem blutigen Ende des Genozids (1967-1970) ruhig geworden um die Biafra-Frage. So blieb der Konflikt lange Jahre ein Tabu-Thema. Nigerianische Politiker bemühten sich weder glaubwürdig um eine Lösung der dem Konflikt zugrundeliegenden Fragen noch um eine Bestrafung der Verantwortlichen für die schweren Verbrechen während des Völkermords.

Die Igbo (früher Ibo genannt), die größte ethnische Gruppe Biafras, stellen rund 18 Prozent der 187 Millionen Bewohner Nigerias. Doch im gesellschaftlichen Leben, in Politik, Armee und Polizei fühlen sie sich marginalisiert und diskriminiert und beklagen, dass sie nicht angemessen entsprechend ihrer Bevölkerungszahl vertreten sind. Insbesondere gegenüber den im Norden Nigerias dominierenden Haussa und Fulani fühlen sie sich oft bedrängt und zurückgesetzt und machen dafür auch den tabuisierten Völkermord mitverantwortlich.

Nach dem Genozid sind die Rufe nach Menschenrechten und vor allem dem Selbstbestimmungsrecht für Biafra niemals verstummt. Als Nigerias Diktator Sani Abacha im Jahr 1998 stirbt, gibt es wieder mehr politische Freiräume. Im Jahr 1999 wird die „Bewegung für die Verwirklichung des souveränen Staates Biafra (Movement for the Actualization of the Sovereign State of Biafra, MASSOB)“ ins Leben gerufen, die sich auf friedliche Weise für die Gründung eines unabhängigen Staates Biafra einsetzen will. Sie sieht sich inspiriert von den Gedanken des indischen Unabhängigkeitskämpfers Mahatma Gandhi.

Trotzdem bekommt die MASSOB schon frühzeitig Probleme mit Nigerias Staatssicherheit und Sicherheitskräften. So werden im Mai 2000 in Aba (Bundesstaat Abia) 54 mutmaßliche Unterstützer der Organisation festgenommen. Sie werden des Hochverrats und der Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration angeklagt. Die Anklage wegen Hochverrat wird später von dem Gericht nicht zugelassen, weil es sich dafür nicht als zuständig ansieht. Schließlich kommen die Beschuldigten gegen Zahlung einer Kautionsfrei.

Am 11. März 2001 werden bei einem Angriff von Sicherheitskräften auf eine MASSOB-Basis zehn Menschen getötet und 50 Personen verletzt (Guardian Nigeria, 11.3.2001). Später greifen MASSOB-Unterstützer eine Polizeidienststelle an und befreien einige der Festgenommenen.

Im Jahr 2005 wird der Führer der MASSOB Ralph Uwazurike von der Polizei inhaftiert und des Landesverrats beschuldigt. Erst im Jahr 2007 kommt er wieder frei. Immer wieder beklagt die MASSOB, dass mutmaßliche Unterstützer von nigerianischen Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen werden und in der Haft gewaltsam zu Tode kommen. Im Mai 2008 veröffentlicht die MASSOB eine Liste mit den Namen von 2.020 Unterstützern der Organisation, die seit dem Jahr 1999 im Gewahrsam nigerianischer Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sein sollen.

Uwazurike wird im Jahr 2011 erneut gemeinsam mit 280 Sympathisanten festgenommen, als sie in der Stadt Enugu eine Biafra-Gedenkveranstaltung organisieren. Wenige Tage später kommen der MASSOB-Chef und seine Mitstreiter auf Intervention von Staatspräsident Goodluck Jonathan wieder frei.

Als 16 MASSOB-Mitglieder im Juni 2012 im Bundesstaat Anambra von Sicherheitskräften erschossen werden, protestiert die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Writers Association of Nigeria“ gegen die unverhältnismäßige Ausübung von Gewalt durch die Sicherheitskräfte. Doch

die Lage beruhigt sich nicht. Im Februar 2013 werden an dem Fluss Ezu an der Grenze zwischen den Bundesstaaten Anambra und Enugu mehrere Leichen von Biafra-Aktivisten der MASSOB angeschwemmt, die zuvor von der Polizei festgenommen worden waren. Die MASSOB wirft daraufhin den Sicherheitskräften vor, jeden Protest gewaltsam zu unterdrücken.

Die „Zionistische Bewegung Biafras“ (Biafra Zionist Movement, BZM) wird zunächst in London gegründet und nimmt am 18. September 2010 auch ihre Arbeit in Nigeria auf. Die Bewegung betont ihre Freundschaft mit dem israelischen Volk und das Lebensrecht des Staates Israel. Am 5. November 2012 ruft die BZM in einer öffentlichen Zeremonie die Unabhängigkeit Nigerias aus. Daraufhin werden 100 ihrer anwesenden Unterstützer festgenommen, unter ihnen auch der BZM-Vorsitzende Ben Onwuka. Im Februar 2015 lehnt ein Gericht eine Freilassung des Rechtsanwalts auf Kaution und anderer inhaftierter BZM-Aktivisten ab (News Agency of Nigeria, 20.2.2015). Onwuka und die 100 BZM-Unterstützer bleiben mehrere Jahre lang in Haft, bis sie schließlich am 6. Dezember 2016 vom Hohen Gericht in Enugu gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt werden (Nigeria Master Web, 15.12.2016). Doch zehn Mitglieder der Organisation sitzen im Februar 2017 noch immer im Gefängnis von Owerri, weil die Kaution nicht aufgebracht werden kann (Vanguard, 15.2.2017).

Im Jahr 2012 gründet sich die Organisation „Indigenes Volk Biafras (Indigenous People of Biafra (IPOB)“, die seither mit ihren zahlreichen Aktionen, Mahnwachen, Demonstrationen und einer sehr regen Pressearbeit weltweit Aufmerksamkeit auf das Engagement von Biafranern gelenkt hat, mit friedlichen Mitteln einen unabhängigen Staat Biafra zu gründen.

Die nigerianische Regierung sieht die Pro-Biafra Bewegungen lange nicht als akute Bedrohung für ihre eigene Herrschaft an. Die führenden Politiker Nigerias ignorieren die immer selbstbewusster auftretenden Aktivisten. Für sie ist die Biafra-Frage nur ein Sicherheitsproblem. Sie meinen, mit einem harten Vorgehen der Sicherheitskräfte das neue Aufbegehren der Biafraner im Keime ersticken zu können. Doch das ist eine dramatische Fehleinschätzung, wie spätestens die breiten Proteste in Biafra in den Jahren 2016/2017 zeigen. Denn die willkürliche Gewalt der Sicherheitskräfte schürt nur neue Wut unter der Bevölkerung und weitere Proteste.

Staatspräsident Muhammadu Buhari, der im Mai 2015 die Macht übernahm, werfen die Biafra-Aktivisten vor, den Süden des Landes islamisieren zu wollen.

Dort leben hauptsächlich Christen. Vor allem sein wenig konsequentes Vorgehen gegen Fulani-Hirten, die überwiegend christliche Bauern im Zentrum und im Süden Nigerias terrorisieren, sowie seine Ignoranz gegenüber den Problemen Biafras schürt unter vielen Igbo massive Vorbehalte und Ängste.

Bevor Buhari gewählt wurde, hatte der frühere General versichert, er werde niemandem den Islam aufdrängen. „Ich bin nicht irgendein religiöser Fanatiker und war es auch niemals“, erklärte er. Sein Regierungssprecher Mike Omeri vermerkte, Buhari sei ein Nationalist und er wolle ein einiges Nigeria. Die Nigerianer würden die Biafra-Bewegung nicht ein Problem ansehen, sagte das neue Staatsoberhaupt im Juli 2015. Es sei nur eine unbedeutende Zahl von frustrierten Leuten, die keine Bedrohung für die Existenz Nigerias darstelle, erklärt Buhari (IB Times, 14.7.2015). "Ich bin nicht sicher, ob ihre Stimmen laut genug sind, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Es ist besser, ihnen nicht zuviel Bedeutung beizumessen." Diese Aussage würde er heute sicherlich so nicht wiederholen!

Hunderte Biafra-Aktivisten blockierten mit ihren Protesten gegen die Inhaftierung des IPOB-Vorsitzenden und Direktors von Radio Biafra, Nnamdi Kanu, am 19. Oktober 2015 den Verkehr und die wirtschaftlichen Aktivitäten in Port Harcourt im Bundesstaat Rivers. Nach Intervention von Polizei und Armee zogen die Demonstranten zur Residenz des Gouverneurs, dem sie ein Protestschreiben übergaben (Daily Trust, 20.10.2015).

Die nigerianische Regierung bezeichnete die Aktionen der Pro-Biafraner im Jahr 2015 als „völlig legitim“. Doch die Proteste nahmen weiter zu und es kam immer häufiger zu Todesfällen bei Demonstrationen vor allem der IPOB. Massenfestnahmen, Entführungen, Folter und Tötungen von Pro-Biafranern seien kein neues Phänomen, erklärten IPOB-Mitglieder (IB Times, 9.12.2015). Bei einer Demonstration im Oktober 2015 soll die Polizei auf eine unbewaffnete Frau geschossen haben, die die Freilassung von Kanu forderte. Die Polizei wies die Anschuldigungen als haltlos zurück (IB Times, 21.10.2016). IPOB- Unterstützer protestierten gegen Kanus Inhaftierung in den Bundesstaaten Rivers, Anambra, Abia, Enugu, Imo und Delta.

Der frühere Biafra-Führer, Chief Joseph Achuzia, krisitierte den ehemaligen Staatspräsidenten Olusegun Obasanjo im November 2015. Er habe die Pro-Biafra-Unterstützer als „Schurken“ bezeichnet (NAIJ, 11.11.2015/ Voice of America, 11.11.2015/ Sahara Reporters 14.11.2015).

Nach der Festnahme Nnamdi Kanus hat die Zahl der Proteste in vielen Teilen des Südostens des Landes deutlich zugenommen (Daily Mail, 20. 11.2015). Besorgt wegen der Vielzahl an Protesten von Pro-Biafra-Gruppen, an denen rund eine Million Menschen teilnehmen, kündigt der Gouverneur des Bundesstaates Imo, Rochas Okorocha, am 9. November 2015 an, eilends ein Treffen mit Gouverneuren der anderen Bundesstaaten im Südosten Nigerias einzuberufen, um über den Umgang mit den Biafra-Aktivisten zu beraten (Guardian Nigeria, 10.11.2015). Der Pressesprecher des Gouverneurs äußert seine tiefe Besorgnis über die verbreiteten Proteste: „Die Pro-Biafra-Proteste können nicht im Interesse der Menschen im Südosten (Nigerias) sein, da sie nur die falschen Signale an die Menschen im Rest des Landes senden“, sagte Sam Onwuemeodo. Man müsse sich unter den Gouverneuren der Region endlich darüber austauschen und „das Kind auch tatsächlich beim Namen nennen“, erklärt der Mitarbeiter des Gouverneurs von Imo (Vanguard, 10.11.2015).

Viele Biafra-Aktivisten werfen den Sicherheitskräften vor, gezielt gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen, um einzuschüchtern und abzuschrecken. Der Generalinspektor der Polizei, Solomon Arase, ordnet ein hartes Durchgreifen der Polizei gegen alle Störungen der öffentlichen Ordnung und die Beschlagnahme aller Waffen an, die sich im Besitz von Biafra-Aktivisten befinden. Dieser Befehl richtet sich vor allem gegen IPOB und MASSOB. Innerhalb weniger Tage werden im November/Dezember 2015 zahlreiche Biafra-Unterstützer festgenommen. Die Polizei räumt offiziell nur die Festnahme von 22 Personen ein, darunter vier Biafra-Aktivisten im Bundesstaat Anambra, elf Menschen im Bundesstaat Delta, sechs Personen im Bundesstat Imo und eine in Abia. Alle Festgenommenen sind MASSOB-Mitglieder. Doch die Dunkelziffer bei den Verhaftungen ist groß. So wird davon ausgegangen, dass tatsächlich nicht 22 Personen, sondern rund 200 Biafra-Aktivisten festgenommen wurden.

Der Polizeipräsident des Bundesstaates Anambra, Hassan Karma, bestätigt, dass die Aktivitäten von Pro-Biafra-Gruppen im Jahr 2015 deutlich zugenommen haben. „Die Leute nehmen das Gesetz selbst in die Hand. Es ist die gleiche Situation, die im Nordosten des Landes Boko Haram entstehen ließ. Auch im Nigerdelta begann es so ähnlich, als Aktivisten anfangen, Menschen zu entführen, um Lösegeld zu erpressen.“ (IB Times, 21.10.2015) Der Polizeisprecher erläutert, dass es konkrete Anweisungen zur Festnahme von Biafra-Aktivisten gibt: „So bekam die Polizei den Befehl, dass alle Rädelsführer von gewaltsamen Protesten festgenommen werden sollen.“ (IB Times, 9.12.2015)

Als am 2. Dezember 2015 Biafra-Aktivisten den Verkehr auf der Brücke über den Fluss Niger blockieren, gehen Sicherheitskräfte mit großer Gewalt gegen die Demonstranten vor und töten neun Aktivisten und verletzen weitere 18 Personen (Vanguard, 3.12.2015).

In Owerri im Bundesstaat Imo nehmen am 17. Dezember 2015 mehrere tausend Unterstützer der IPOB und MASSOB an Protesten teil. Der Gouverneur Okorocha des Bundesstaates lobt die Armee für ihren zurückhaltenden Einsatz in Owerri, bei dem kein Blut vergossen wird (Vanguard, 18.12.2015).

Auch im Bundesstaat Rivers hat der Gouverneur Nyesom Wike die Polizei Anfang der Jahres 2016 angewiesen, alle Biafra-Aktivisten festzunehmen. Er beschuldigt sie, in illegale Aktivitäten verwickelt zu sein und gesetzzestreue Bürger anzugreifen. Wike verbietet alle weiteren Proteste von IPOB und MASSOB (Daily Post, 16.1.2016/ Vanguard, 17.1.2016).

Zu Massenprotesten von IPOB-Anhängern kommt es am 18. Januar 2016 auch in Asaba, der Hauptstadt des Bundesstaates Delta (Channels TV, 18.1.2016). Die Demonstranten fordern vor allem die Freilassung von Nnamdi Kanu. Die Protestierenden versammeln sich schon früh am Morgen und ziehen singend durch die Stadt. Sie blockieren eine der Hauptverkehrsstraßen Asabas. Am gleichen Tag gibt es auch Proteste von IPOB-Unterstützern in Enyimba City im Bundesstaat Abia. Es kommt zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, als Angehörige des 144. Bataillons der Armee Nigerias mit massiver Gewalt gegen Demonstranten vorgehen (Ynaija.com, 18.1.2016).

Die Polizei im Bundesstaat Abia verschärft ihre Sicherheitskontrollen Ende Januar 2016, nachdem am 25. Januar in der Stadt Aba Proteste von Biafranern gegen die anhaltende Kriminalisierung von Biafra-Aktivisten für viel Aufregung gesorgt hatten. Die Polizei hatte die Zahl der Demonstranten und das Ausmaß der Proteste unterschätzt, so dass die Demonstranten weite Teile der Innenstadt und des Wirtschaftslebens lahmlegten. Mit scharfen Kontrollen will die Polizei auch verhindern, dass Biafra-Aktivisten aus anderen Bundesstaaten zu Protesten nach Abia anreisen (obindigbo.com.ng, 27.1.2016).

Mindestens 20 Biafra-Aktivisten werden festgenommen, als Sicherheitskräfte in einer Schule in der Stadt Aba im Bundesstaat Abia am 9. Februar 2016 gewaltsam eine Veranstaltung zur Unterstützung des vor Gericht angeklagten IPOB-Vorsitzenden Nnamdi Kanu auflösen. Bei der brutalen Niederschlagung des

Protests werden mehrere Personen getötet. Mindestens 30 Menschen müssen wegen ihrer Verletzungen in Krankenhäusern behandelt werden (Daily Post, 10.2.2016). Die Polizei dementiert später, dass Sicherheitskräfte Demonstranten erschossen haben.

Am 27. Februar 2016 protestieren Biafra-Aktivisten friedlich vor dem Vatikan, um auf die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen (The Sun, 28.3.2016 / Newsweek, 29.2.2016). Ähnliche Proteste gibt es in verschiedenen europäischen Hauptstädten (The Sun, 28.3.2016).

Im Rahmen der Proteste zum 49. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Biafras am 30. Mai 2016 werden in Asaba im Bundesstaat Delta acht Unterstützer der MASSOB festgenommen (Pulse Nigeria, 30.5.2016). Auch im Bundesstaat Anambra gibt es am 30. Mai 2016 zahlreiche Proteste von Biafra-Aktivisten, die von den Behörden des Bundesstaates verurteilt werden (Naij, 31.5.2016). Auch im Bundesstaat Abia protestiert die MASSOB an dem Jahrestag. Dort gehen die Sicherheitskräfte mit Tränengas und scharfer Munition gegen die Demonstranten vor, zehn MASSOB-Anhänger werden festgenommen (ThisDay, 31.5.2016).

Mitglieder des Biafra Independent Movement (BIM) und der MASSOB organisieren am 13. September 2016 einen Protestmarsch in Onitsha, um der Gründung der Organisation vor 17 Jahren zu gedenken. Bei der Niederschlagung des Protests kommen vier Demonstranten zu Tode. Sicherheitskräfte hatten in die Menschenmenge geschossen, um sie auseinanderzutreiben. Mindestens sechs Personen werden schwer verletzt. Die Sicherheitskräfte nehmen 34 Biafra-Aktivisten fest (The Sun, 14.9.2016, 20.9.2016). Die Polizei leugnet, dass Menschen zu Tode gekommen sind, und erklärt, 14 Personen wegen Störung der öffentlichen Ordnung festgenommen zu haben.

In der Stadt Awka im Bundesstaat Anambra nehmen am 13. September 2016 hunderte Gläubige an einem Gedenk-Gottesdienst mit einem katholischen Geistlichen teil und versammeln sich danach auf dem Kirchplatz zu einer Gedenkveranstaltung für Biafra, bei der Chief Vincent Iloh für die BIM in Anambra spricht. Auch in Aba im Bundesstaat Abia und in Abkaliki, der Hauptstadt des Bundesstaates Ebonyi, finden Gedenkveranstaltungen der MASSOB unter massiver Polizeipräsenz statt (The Sun, 14.9.2016).

Am 23. September 2016 findet ein weltweiter Aktionstag der IPOB statt, um ihrer Forderung nach Freilassung von Nnamdi Kanu Nachdruck zu verleihen (Nigerian Bulletin, 23.9.2016). In Biafra selbst hat die Organisation zu einem „sit-at-home“

Protest aufgerufen, dem sich viele Menschen anschließen. Aus Solidarität sollen die Menschen an diesem Tag auch nicht ihre Mobiltelefone benutzen, appelliert die IPOB (The Sun, 19.9.2016 / The Nigerian Voice, 22.9.2016 / News Express, 24.9.2016). Auch die MASSOB unterstützt diesen Protestaufruf (Naij 22.9.2016). Am selben Tag demonstrieren rund 100 Menschen in Bonn gegen Menschenrechtsverletzungen in Biafra und für das Selbstbestimmungsrecht der Biafraner. Es ist ein weltweiter Aktionstag mit Demonstrationen in mehr als 30 Ländern auf fünf Kontinenten (www.thekillerpunch.com, 24.9.2016).

Bei einer weltweit viel beachteten Solidaritätsdemonstration für den neuen US-Präsidenten Donald Trump am 20. Januar 2017, dem Tag seiner Amtseinführung, kommen in Port Harcourt elf Biafra-Aktivisten zu Tode und Dutzende werden festgenommen. Während die IPOB von mehr als 200 Festnahmen spricht, räumt der stellvertretende Polizeichef nur die Festnahme von 65 IPOB-Unterstützern ein (Newsweek, 23.1.2017). Die Polizei hatte Tränengas und scharfe Munition eingesetzt, um die Demonstranten zu vertreiben.

Für den 50. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Biafras hat die IPOB für den 30. Mai 2017 zu einem Protesttag aufgerufen. Alle Menschen sollen an diesem Werktag nicht das Haus verlassen und weder zur Arbeit noch einkaufen gehen. So will die IPOB deutlich machen, dass ihre Forderungen nach der Unabhängigkeit Biafras und der Respektierung grundlegender Menschenrechte von vielen Biafranerinnen und Biafranern mitgetragen werden. Trotz Warnungen der Regierung vor neuer Gewalt und Verhaftungen hält die IPOB an ihrem Aktionstag fest.

4. Festnahmen

Wer sich in Nigeria für Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht in Biafra einsetzt, riskiert willkürliche Inhaftierung, Misshandlung, Folter, unfaire Gerichtsverfahren und bei Protesten erschossen zu werden. Nigeria rühmt sich ein Rechtsstaat und eine der größten Demokratien Afrikas zu sein, doch im Südosten des Landes, in Biafra, gelten andere Regeln. Demokratische Institutionen und Mechanismen versagen offensichtlich in der Biafra-Frage - auch 50 Jahre nach Beginn des Völkermords.

Die Zahl der Verhaftungen von Biafra-Aktivisten steigt. Als am 4. November 2012 die Zionistische Bewegung Biafras (Biafra Zionist Movement, BZM) auf einer

Gedenkveranstaltung in Enugu des im November 2011 verstorbenen legendären Biafra-Führers Chukwuemeka Ojukwu erinnert, verhaftet die Polizei mindestens 100 Demonstranten. Die Aktivisten hatten Biafra-Flaggen und zogen damit durch die bedeutendste Stadt dieses Landesteils. Die Demonstranten werden von den Behörden des Hochverrats beschuldigt (Public Radio International, 5.11.2012). Die Festnahmen erregen weltweit Aufmerksamkeit (BBC, 5.11.2012).

Im Herbst 2015 entschließen sich die nigerianischen Behörden dazu, die Proteste der Biafra-Aktivisten nicht länger zu ignorieren, sondern sie mit aller Härte zu zerschlagen und zu bestrafen. Seitdem häufen sich die Festnahmen mutmaßlicher Unterstützern der Bewegungen IPOB und MASSOB.

So werden am 8. September 2015 elf Personen (Ashaka Subday, Okechukwu John, Benjamin Okwusilobi, Japheth Ubagwu, Ozor Okeke, Godwin Okonkwo, Patrick Nwankwor, Celestine Nwankwor, Charles Udikeseme, Ofem Etem, Chukwu Solomon in Asaba (Bundesstaat Delta) vor Gericht gestellt. Die Angeklagten wurden gemeinsam mit 156 Personen am Sonntag zuvor in dieser Stadt während eines Treffens festgenommen (Today, 9.9.2015). Die elf Angeklagten werden verdächtigt, MASSOB-Mitglieder zu sein. Ihnen werden sechs Sachverhalte zur Last gelegt, unter anderem Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung. Die Verhandlung wird auf den 23. Oktober 2015 vertagt.

Im Oktober 2015 ordnet ein Gericht im Bundesstaat Rivers die Verhaftung und Anklage von 44 Pro-Biafra Aktivisten an, die wegen eines Protests der IPOB in Port Harcourt in Untersuchungshaft genommen worden waren. Das Gericht erklärt, die Angeklagten nicht freilassen zu können, da die ihnen zur Last gelegten Delikte auch den Staatsschutz betreffen und deshalb ein höheres Gericht über ihr weiteres Schicksal entscheiden müsse. Die Angeklagten sollen nach Angaben des Gerichts auf jeden Fall weiter bis zum 26. November 2015 in Untersuchungshaft bleiben (Scan News, 28. Oktober 2015).

Die Polizei im Bundesstaat Bayelsa bestätigt am 6. November 2015, dass sie 83 Biafra-Aktivisten in Yenagoa festgenommen hat, die für die Freilassung des inhaftierten Direktors von Radio Biafra, Nnamdi Kanu, demonstrierten (Sahara Reporters, 6.11.2015). Festgenommen wurden 78 Männer und fünf Frauen. Die Aktivisten wurden in Gewahrsam genommen, als sie Biafra-Flaggen öffentlich ausrollen und zeigen.

Bei Demonstrationen von Biafra-Aktivisten gibt es durch exzessiven Gewalteinsatz der Sicherheitskräfte immer wieder Verletzte. Soldaten dringen nach Protesten

auch in Krankenhäuser ein und verhaften Patienten (Radio France International, 22.12.2015). So durchsuchen Soldaten in Onitsha am 17. Dezember 2015 das örtliche Krankenhaus und inhaftieren elf Verwundete. Auch die angesehene nigerianische Menschenrechtsorganisation Civil Liberties Organisation macht auf diese Übergriffe aufmerksam. Manche Verletzte hatten Schusswunden, von denen sie noch nicht genesen waren. Sie wurden in ein Militärkrankenhaus in Onitsha gebracht. Einige Festgenommene wurden von Soldaten mit dem Tod bedroht. Am 24. Dezember werden alle Inhaftierten auf Kautions aus der Haft entlassen.

Mindestens 83 Biafraner werden am 18. Januar 2016 in der Stadt Aba (Bundesstaat Abia) inhaftiert. Die Verhaftungen von mutmaßlichen Sympathisanten von IPOB scheinen im Zusammenhang mit einer geplanten Veranstaltung der Organisation am Gymnasium von Aba zu stehen. Die Aktivisten hatten sich mit Biafra-Flaggen friedlich vor der Schule versammelt, als die Polizei einschritt und Dutzende Biafraner in Gewahrsam nahm (Amnesty International, Report, S. 47). Einen Tag später lassen die Sicherheitskräfte 26 der Festgenommenen dem Haftrichter vorführen. Sie werden beschuldigt, Mitglieder einer illegalen Organisation zu sein, die Straße blockiert und illegal Waffen besessen zu haben. Den Angeklagten werden Pflichtverteidiger zugeteilt, die jedoch kaum Interesse an ihren Mandanten zeigen. Nach drei Verhandlungstagen wird der Prozess gegen die Beschuldigten schließlich im August 2016 mangels Beweisen eingestellt.

Weitere 57 Biafraner werden am 18. Januar 2016 von Soldaten willkürlich auf der Straße in Aba aufgegriffen und in ihrem Militärlager in Gewahrsam genommen. Nach umfassenden Verhören werden wenige Tage später 37 Inhaftierte freigelassen. Doch 20 Festgenommene werden noch eine Woche lang in der Militärbasis festgehalten, bevor sie in das Militärlager Ohafia im Bundesstaat Abia überstellt werden. Am 10. Februar 2016 werden sie schließlich vor einem Gericht wegen Hochverrats angeklagt. Ihr weiterer Verbleib ist ungeklärt.

Am 9. Februar 2016 werden in Aba (Bundesstaat Abia) erneut zwei mutmaßliche Unterstützer der IPOB festgenommen. Sie werden mehrere Monate lang im Gewahrsam der Sicherheitskräfte festgehalten und kommen erst im Juli 2016 wieder frei.

Der Nationale Geheimdienst (DSS) nimmt am 3. März 2016 in Enugu den angesehenen nigerianischen Politiker Sir Victor Umeh fest. Dem früheren Vorsitzenden der „All Progressives Grand Alliance“ (APGA) wird vorgeworfen, die

Biafra-Organisationen MASSOB und IPOB finanziell unterstützt zu haben (Pulse Nigeria, 3.3.2016). Einen Tag später kommt er nach einem Verhör wieder frei (Naij, 4.3.2016). Der Politiker und seine Mitarbeiter machen Konkurrenten bei der bevorstehenden Senatswahl im Bundesstaat Anambra für die Verbreitung falscher Gerüchte verantwortlich, die zu der Festnahme führten (Premium Times, 4.3.2016).

Der Sprecher des Nationalen Geheimdienstes DSS, Tony Opuiyo, macht Biafra-Aktivisten der IPOB am 9. April 2016 für die mutmaßliche Ermordung von 55 Fulani-Nomaden im Umuanyi Wald verantwortlich. Die Nomaden seien entführt und dann ermordet worden, erklärt der Geheimdienstmitarbeiter gegenüber Journalisten (Press TV, 10.4.2016). Später seien die Überreste der Leichname in einem Massengrab entdeckt worden. Beweise für seine Vorwürfe legt der DSS nicht vor.

Die Polizei im Bundesstaat Anambra macht Biafra-Aktivisten der IPOB und MASSOB für eine Zunahme von Morden in der Region verantwortlich (Naij, 20.4.2016). So seien 36 Personen zwischen Januar und April 2016 in dem Bundesstaat ermordet worden, erklärt Anambras Polizeichef Hosea Karma vor Abgeordneten des Regionalparlaments. Neun Personen seien im Januar getötet worden, fünf im Februar, 15 im März und sieben im April. Einige der Morde seien allerdings von Familienangehörigen begangen worden, räumt der Polizeichef ein. Angesichts der zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Fulani-Nomaden und Biafra-Aktivisten habe der Gouverneur ein Sonderkomitee unter Mitwirkung der Armee und des Nationalen Geheimdienstes unter Vorsitz des Polizeichefs gebildet.

Am Montag, den 30. Mai 2016, nimmt die Polizei 40 mutmaßliche Unterstützer der MASSOB in der St. Theresa-Kathedrale in Nsukka während eines Gottesdienstes fest. Am symbolträchtigen und für alle Biafraner bedeutenden Unabhängigkeitstag findet in der Kirche ein besonderer Gottesdienst mit einer Feier zum Andenken an den 49sten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Biafras statt (Vanguard, 30.5.2016). Am gleichen Tag werden sieben Biafraner während eines Pro-Biafra-Protests in Asaba getötet. Die Polizei bestätigt die Angaben und teilt in einer Erklärung mit, es sei zu Zusammenstößen zwischen Militär und Demonstranten gekommen. Das Militär nimmt sieben mutmaßliche MASSOB-Unterstützer fest und bringt sie zur Polizei (Vanguard, 30.5.2016/ Bellanaija, 30.5.2016). Die Demonstranten sollen sich wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an der Tötung von drei Polizisten (ASP Genesis Akagha, Sgt. Ito

Thompson, Cpl. Biosu Onyeka) vor Gericht verantworten (The Nation, 14.6.2016 / The Sun, 16.6.2016). Der Fall wird auf den 11. Juli 2016 vertagt.

Biafra-Organisationen erklären, dass bei den Feiern zum Unabhängigkeitstag am 30. Mai 2016 noch viel mehr Menschen getötet wurden. Ihren Angaben zufolge wurden mindestens 399 Unterstützer der MASSOB, IPOB und BIM festgenommen (The Sun, 31.5.2016). Allein bei der Erstürmung einer Grundschule, in der eine Gedenkveranstaltung stattfand, seien 320 MASSOB-Unterstützer verhaftet worden (Pulse Nigeria, 30.5.2016). In Enugu seien mindestens 50 Anhänger der BIM in Gewahrsam genommen worden (Premium Times, 30.5.2016). Auch der dortige Polizeichef bestätigt die Verhaftungen. Im Bundesstaat Imo wurden nach diesen Angaben 17 Unterstützer von BIM und IPOB festgenommen. Im Bundesstaat Rivers werden bei einem friedlichen Protest zwölf Mitglieder der MASSOB von Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen (The Nation, 30.5.2016).

Teilnehmer von Demonstrationen am 30. Mai 2016 berichten von dem Einsatz exzessiver Gewalt und Tränengas durch die Sicherheitskräfte. Dieses massive Auftreten der Polizei sei mitentscheidend für die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten gewesen, erklären Augenzeugen (Bellanaija, 30.5.2016). Sowohl in Asaba als auch in Onitsha und Nnewi durchsuchen Soldaten nach der blutigen Niederschlagung von Protesten die Krankenhäuser und verhaften verletzte Demonstranten, die dort Hilfe gesucht hatten. So werden in Onitsha nach Augenzeugenberichten 19 Personen in Krankenhäusern festgenommen, unter ihnen 14 Verwundete. Ihnen wird der Grund ihrer Festnahme nicht mitgeteilt, einige Verhaftete werden nach einigen Stunden wieder in das Krankenhaus zurückgebracht, andere verschwinden spurlos im Gewahrsam der Sicherheitskräfte (Amnesty International Report, S. 49).

In Asaba fordern Soldaten die Mitarbeiter des Krankenhauses auf, keine verletzten IPOB-Demonstranten medizinisch zu behandeln. Auch dort durchsuchen Armeeangehörige gezielt Krankenhäuser, um verletzte Biafra-Aktivisten festzunehmen. Verletzte Demonstranten berichten, dass sie sich aus Furcht vor Verhaftung nicht behandeln ließen. Selbst Biafraner, die mit Verbänden in der Öffentlichkeit gesehen werden, müssen in Asaba befürchten, in Gewahrsam genommen zu werden, weil sie verdächtigt werden, bei Demonstrationen verletzt worden zu sein.

Die Polizei in Ebonyi State verhaftet am 30. Mai 2016 einen Geistlichen, der einen interkonfessionellen Gottesdienst für ein MASSOB-Mitglied abhält. Es wird berichtet, dass mehr als 200 Polizisten den Gottesdienst stürmten und sowohl den Geistlichen als auch MASSOB-Mitglieder festnahmen. Die MASSOB erklärt, 320 Personen seien bei der Messe verhaftet worden. Dabei sei auch Tränengas eingesetzt worden (Premium Times, 30.5.2016).

Der Generalinspekteur der nigerianischen Polizei Solomon Arase ordnet am 31. Mai 2016 die sofortige Entwaffnung aller IPOB-Unterstützer im Südosten des Landes an (Channels Television, 31.5.2016). So sollen bewaffnete Angriffe auf Polizisten wirksam unterbunden werden, erklärt der Polizeichef. Arase verurteilt die Tötung von IPOB-Aktivisten, verteidigt aber seine Anordnung, alle IPOB-Unterstützer zu verhaften, in deren Besitz sich illegale Feuerwaffen befinden. Der Generalinspekteur der Polizei fordert, dass alle IPOB-Aktivisten, die in Todesfälle von Polizisten verwickelt sind, wegen Mordes angeklagt werden sollen. Die IPOB bestreitet gegenüber dem US-Nachrichtenmagazin Newsweek, dass ihre Unterstützer während der Proteste am 30. Mai 2016 bewaffnet gewesen seien (Newsweek, 31.5.2016).

Am 13. Juni 2016 verhaftet die Polizei zehn Mitglieder der MASSOB im Bundesstaat Cross Rivers. In Gewahrsam genommen wurden unter anderem Okon Archibong, Samuel Okah, Shedrack Chinelo, Chief Joseph Ekperebi, Michael Adah, James Ekeme und Adah Johnson (Daily Post, 14.6.2016 / Naij, 2.7.2016). Am 1. Juli gibt der DSS bekannt, dass weitere verdächtige Personen festgenommen wurden. Der Staatssicherheitsdienst bestätigt, dass im Juni bei Razzien Verstecke von „kriminellen Verdächtigen“ aus dem Umfeld von Biafra-Aktivisten gefunden worden seien (Premium Times, 1.7.2016).

Biafra-Organisationen machen am 14. Juni 2016 auf das Schicksal von Langzeit-Inhaftierten aufmerksam und fordern die Freilassung von 35 seit Jahren inhaftierten Biafranern. So werden seit April 2007 in den Gefängnissen von Onitsha und Awka 22 MASSOB-Aktivisten festgehalten. 13 Unterstützer des Biafra Zionist Movement (BZM) werden seit zwei Jahren in Gefängnissen in Enugu in Haft gehalten (Vanguard, 15.6.2016). Wenige Monate später, im Februar 2017, appelliert der Biafra National Guard (BNG) einen Appell an den Generalbundesanwalt, dafür zu sorgen, dass den Beschuldigten in fairen und transparenten Gerichtsverfahren unter Mitwirkung ihres Rechtsbeistands Gerechtigkeit widerfährt.

Der Nationale Geheimdienst (DSS) nimmt am 22. Juni 2016 den Maschinenbauingenieur Chidiebere Onwudiwe in seinem Haus in Port Harcourt (Bundesstaat Rivers) fest. Der Nationale Koordinator von IPOB wird von den Behörden verdächtigt, Sprengstoffanschläge gegen Polizeistationen, Behörden und religiöse Einrichtungen geplant zu haben. Am 7. November 2016 wird er vor Gericht unter anderem wegen Terrorismus angeklagt.

Der pensionierte Generalleutnant der Armee Azubuike Ihejirika wird am 21. Juni 2016 vom (DSS) festgenommen. Der frühere Generalinspekteur von Nigerias Armee wird beschuldigt, die IPOB finanziell unterstützt zu haben (Pulse Nigeria, 23.6.2016).

Die IPOB wirft dem DSS am 7. Juli 2016 in einer Erklärung vor, willkürlich unschuldige Menschen einzuschüchtern und zu verhaften, weil sie angeblich die IPOB unterstützen. Mit großer Besorgnis verfolgt die Organisation die zunehmende Zahl von Verschwundenen, die im Gewahrsam der Sicherheitskräfte vermutet werden. Insbesondere nach den Demonstrationen am 29./30. Mai 2016 habe sich die Lage massiv verschlechtert, erklärt die IPOB. Die meisten Aktivisten der Organisation und ihre Familienangehörigen lebten seither in Angst (Vanguard, 7.7.2016).

Amnesty International berichtet, dass am 16. August 2016 Sunday Chucks Obasi, der in Amuko Nnewi im Bundesstaat Anambra wohnt, von fünf bewaffneten Männern aus seinem Haus entführt und wahrscheinlich in den Gewahrsam von Sicherheitskräften gebracht wurde. Bei den Entführern handelt es sich vermutlich um Sicherheitskräfte, da sie in einem Wagen mit Behördenkennzeichen vorfuhren. Obasi ist IPOB-Mitglied und Koordinator der Aktivitäten der Organisation in Nnewi im Bundesstaat Anambra. Augenzeugenberichten zufolge wird Sunday Chucks Obasi bei dem Vorfall durch Schüsse in die Beine verwundet (Amnesty International, Urgent Action, 26.8.2016). Er wird monatelang vom DSS an einem unbekannten Ort in Isolationshaft gehalten. Eigenen Angaben zufolge wird er bei Verhören zu den Aktivitäten der IPOB auch misshandelt und gefoltert. Schließlich wird am 9. Dezember 2016 das Gerichtsverfahren gegen ihn mit einer ersten Verhandlung eröffnet, in dem ihm Behinderung von DSS-Mitarbeitern bei der Ausübung ihrer Pflicht vorgeworfen wird. Auch nach fast vier Monaten Haft und Folter sind die Sicherheitsbehörden offensichtlich nicht in der Lage, dem Inhaftierten die Verwicklung in andere Straftaten nachzuweisen. So wird Sunday Chucks Obasi im Dezember 2016 auf Kautions aus der Haft entlassen. Am 3. März 2017 sollte eine zweite Anhörung vor Gericht in seinem Verfahren stattfinden.

Doch sie wird auf den 6. Mai 2017 verschoben, weil die Mitarbeiter des DSS, die als Zeugen der Anklage genannt werden, nicht zu dem Prozess erscheinen (Amnesty International, Urgent Action, 27.4.2017).

Soldaten und Angehörige des DSS nehmen zwölf Unterstützer der IPOB am 26. August 2016 nach einem Besuch bei dem inhaftierten IPOB-Vorsitzenden Nnamdi Kanu fest. Die Biafra-Aktivisten befinden sich auf der Rückfahrt von dem Gefängnis-Besuch, als sie von den Sicherheitskräften im Bundesstaat Abia verhaftet werden. Die Festgenommenen kommen in den Gewahrsam des DSS. Ihren Angehörigen wird jeder Zugang zu den Verhafteten verweigert (Amnesty International Report, S. 49).

Bei Protesten von Biafra-Aktivisten am 13. September 2016 werden in verschiedenen größeren Städten im Südosten des Landes 14 Personen in Onitsha in Gewahrsam genommen (Premium Times, 13.9.2016). Unter ihnen befinden sich 13 Männer und eine Frau. Festgenommen wird auch der Pressesprecher der BIM Charles Igbokwe (Daily Post, 14.9.2016). Ihnen wird vorgeworfen an einer nicht angemeldeten Demonstration mitgewirkt zu haben (Premium Times, 14.9.2016). Ein Verantwortlicher der MASSOB erklärt hingegen, mehr als 50 Unterstützer der Organisation seien festgenommen worden und 20 Personen würden noch vermisst, eine Person sei bei der Niederschlagung der Proteste durch Sicherheitskräfte angeschossen worden (Premium Times, 14.9.2016). Auch der Leiter der Pressestelle der BIM in der Anambra North Zone Charles Igbokwe wird inhaftiert (Vanguard, 14.9.2016).

Bei den Feiern zum 17-jährigen Bestehen der MASSOB werden 50 Personen am 13. September 2016 inhaftiert. Eine Person wird erschossen. Weitere 20 Personen werden auch noch Tage danach vermisst (Premium Times, 13.9.2016). Ein Biafra-Aktivist wird nach Polizei-Angaben am 19. September 2016 in Enugu verhaftet (Daily Post, 20.9.2016). Der Bundesstaat Delta hat anlässlich der Gedenkfeiern 4.000 Polizisten zusammengezogen, um massiv gegen IPOB- und MASSOB-Aktivisten vorgehen zu können (The Sun, 13.9.2016). Vor allem Verkehrsknotenpunkte wie strategisch bedeutsame Brücken werden aufwändig überwacht, um Verkehrsblockaden durch Demonstranten schon im Ansatz vereiteln zu können.

Zwölf Mitglieder der IPOB, die mit Flugblättern zu einem stillen Protest am 23. September 2016 aufrufen, werden auf den Straßen Enugus am 20. September 2016 verhaftet. Die Aktivisten riefen dazu auf, am 23.9.2016 nicht das Haus zu

verlassen, nicht einkaufen zu gehen, nicht die Schule zu besuchen oder zur Arbeit zu gehen, um so gegen die anhaltende Inhaftierung des IPOB-Vorsitzenden Nnamdi Kanu zu protestieren (Punch, 20.9.2016 / Nigeria Newsstand, 20.9.2016). Im Bundesstaat Anambra nimmt die Polizei Biafra-Aktivisten bereits im Vorfeld des nationalen Protesttages fest. Nachdrücklich warnt die Polizei in Anambra vor einer Teilnahme an den Protesten, weil sie illegal seien. Wer trotzdem teilnehme, müsse mit juristischen Konsequenzen rechnen, da die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört werde (Daily Post, 23.9.2016). Im Bundesstaat Delta droht die Polizei, entschlossen und mit aller Härte gegen alle Personen vorzugehen, die die öffentliche Sicherheit und Ruhe stören (Naij, 23.9.2016). Auch im Bundesstaat Ebonyi will die Polizei entschieden gegen Demonstranten einschreiten (Vanguard, 23.9.2016). Sowohl die Polizei als auch das Militär kündigen an, dass sie während des Protestes der Biafraner an strategischen Positionen in der Region verstärkte Präsenz zeigen werden (The Street Journal, 22.9.2016).

Der Sprecher der Joint Task Force der Sicherheitskräfte der „Operation Sicheres Delta“ teilt am 28. Oktober 2016 mit, dass die Sicherheitskräfte bei der Gründung der IPOB-Sektion im Bundesstaat Bayelsa 44 mutmaßliche Anhänger der Organisation festgenommen haben (Punch, 28.10.2016). Die Staatsanwaltschaft ließ die Verhafteten anklagen, weil sie die öffentliche Ordnung gestört und sich gegen den Staat verschworen hätten. Auch hätten sie an nicht genehmigten Demonstrationen teilgenommen. Das Magistratesgericht in Yenagoa (Bundesstaat Bayelsa) erklärt die Beweise für nicht stichhaltig und spricht die 44 Angeklagten am 25. April 2017 frei (Daily Post, 25.4.2017).

Ende November 2016 kündigt die nigerianische Armee die „Operation Python Tanz“ an, mit der sie im Südosten Nigerias organisiertes Verbrechen und die Aktivitäten von Biafra-Aktivisten bekämpfen will (Buzznigeria, 7.12.2016).

Bei einer Demonstration in Port Harcourt im Bundesstaat Rivers anlässlich der Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump kommt es am 20. Januar 2017 zu Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Bei der Niederschlagung der Proteste werden 65 mutmaßliche Biafra-Aktivisten festgenommen. Die Sicherheitskräfte räumen die Festnahmen ein (Fox News, 23.1.2017 / Newsweek, 23.1.2017). Den Aktivisten wird von der Polizei vorgeworfen, die öffentliche Ordnung gefährdet und das Schwerverbrechen des Hochverrats begangen zu haben (Pulse Nigeria, 17.2.2017). Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands wird einer der Beschuldigten, Emmanuel Nnamani, am 17. Februar 2017 auf Kautions freigelassen. Er war bei der

Niederschlagung der Proteste am Auge verletzt worden (Premium Times, 18.2.2017). Die IPOB-Sprecherin in Großbritannien, Emma Nmezu, geht davon aus, dass mehr als 200 Biafra-Aktivisten bei der Demonstration festgenommen wurden (Newsweek, 23.1.2017). Im Vorfeld hatte die Polizei im Bundesstaat Rivers vor öffentlichen Demonstrationen gewarnt (Daily Post, 20.1.2017).

35 Demonstranten, die während des Trump-Protests im Januar 2017 festgenommen wurden, kommen im März 2017 frei. Ihr Prozess war mehrmals vertagt worden, bis der Richter Andrew Jaja am Magistratesgericht in Port Harcourt am 3. März ihre Freilassung anordnete, da sich während ihrer 37-tägigen Haft die Polizei nicht für ihre Strafverfolgung interessiert und keine Beweise für ihre Schuld vorgelegt habe (Premium Times, 3.3.2017).

Die IPOB wirft den Sicherheitsbehörden vor, am Wochenende des 11./12. Februar 2017 in Asaba im Bundesstaat Delta eine Versammlung der Organisation überfallen zu haben. Seither würden 17 Unterstützer vermisst, erklärt IPOB. Die Armee bestreitet den Zwischenfall (Naij, 13.2.2017 / Daily Post, 14.2.2017).

Eine Sondereinheit der Polizei im Bundesstaat Anambra nimmt am 4. April 2017 den Sicherheitschef der MASSOB Christian Oguchi Kato und vier weitere Unterstützer der Organisation fest (Daily Trust, 5.4.2017).

Das Biafra Independent Movement (BIM) wirft den Behörden gezielte Einschüchterung von Biafra-Aktivisten vor. Mit Razzien, willkürlichen Verhaftungen und Verhören versuche man Druck auf die Unterstützer von Biafra-Bewegungen auszuüben, um zu erreichen, dass sie sich von dem Engagement zurückziehen. Doch dieser massive Druck verfehle sein Ziel, die Biafraner würden nur noch entschlossener in ihrem Engagement (Daily Post, 12.4.2017).

Die IPOB wirft dem Nationalen Geheimdienst (DSS) vor, in das mysteriöse Verschwinden ihres Afrika-Repräsentanten George Onyeibe verwickelt zu sein. Er wurde am 22. April 2017 in seinem Haus im Bundesstaat Rivers von Unbekannten überwältigt und verschleppt. Zuvor wurden bereits seine Frau und seine Kinder bedrängt und eingeschüchtert (Daily Post, 24.4.2017).

Die Polizei in der Bundeshauptstadt Abuja warnt die IPOB davor, die Mai-Feiern zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2017 für ihre Anliegen zu missbrauchen. Die Polizei macht unmissverständlich deutlich, dass sie mit aller Härte gegen jede Störung der öffentlichen Ordnung vorgehen wird (Daily Post, 1.5.2017).

Das Büro des Nationalen Sicherheitsberaters von Präsident Buhari stellt in einem internen Bericht fest, dass die Aktivitäten von Biafra-Gruppen wie IPOB und MASSOB eine Gefahr für die staatliche Sicherheit darstellen. Der durch Indiskretionen in den Medien bekannt gewordene Bericht kommt zu dieser Schlussfolgerung aufgrund der Auswertung von Informationen unterschiedlichster sicherheitsrelevanter Einrichtungen (ThisDay, 3.5.2017).

Bei Mahnwachen und Demonstrationen zum Gedenken an die Unabhängigkeit Biafras werden am 22. Mai 2017 in drei Bundesstaaten 138 Unterstützer der BIM und MASSOB festgenommen. So werden im Bundesstaat Enugu 41 BIM-Anhänger in Gewahrsam genommen, im Bundesstaat Cross Rivers werden 47 MASSOB-Unterstützer inhaftiert und in Ebonyi werden weitere 50 Biafra-Aktivisten von der Polizei festgesetzt (Punch, 23.5.2017)

5. Umstrittenes Gerichtsverfahren gegen Nnamdi Kanu

Festnahme

Der Direktor von Radio Biafra und Vorsitzende der Organisation „Indigenous People of Biafra“ IPOB, Nnamdi Kanu, wird am Mittwoch, den 14. Oktober 2015, von der nigerianischen Nationalen Geheimpolizei, dem Department of State Services (DSS/SSS), in Lagos festgenommen (Sahara Reporters, 14.11.2015 / New Express, 19.11.2015 / Naij, 8.12.2015). Kanu hat die britische und nigerianische Staatsangehörigkeit. Er wird bei seiner Einreise aus Großbritannien verhaftet (IB Times, 21.10.2015). Nigerias Sicherheitskreise und die Regierung verfolgen Kanus Engagement für die Gründung eines unabhängigen Staates Biafra seit geraumer Zeit mit großer Besorgnis. Jetzt scheinen sie entschlossen zu sein, ihn wegen staatsfeindlicher Aktivitäten juristisch zur Rechenschaft zu ziehen. Nach Bekanntwerden seiner Festnahme kommt es in acht Bundesstaaten Nigerias zu breiten Protesten von Biafranern.

In einer nicht öffentlichen Verhandlung bestätigt Usman Shuaibu, der Vorsitzende Richter des Magistrate Court, Wuse II, den Haftbefehl und nennt für eine Freilassung auf Kautions umfassende Bedingungen. Kanus Rechtsanwalt Vincent Egechukwu Obetta erklärt zwar öffentlich, die Kautionsbedingungen seien erfüllt worden, doch sein Klient kommt nicht aus der Haft frei (Vanguard, 24.10.2015). Auch der DSS lässt verlautbaren, Kanu sei gegen Kautions aus der Haft freigelassen worden. Die Sicherheitskreise erhoffen sich von dieser Nachricht wohl eine

Beruhigung der sehr angespannten Sicherheitslage in Biafra, wo immer mehr Menschen gegen die Festnahme des Aktivisten protestieren (IB Times, 21.10.2015). Doch die Lage entspannt sich nicht. Denn Kanus Rechtsanwalt Obetta erklärt, sein Mandant werde seit seiner Festnahme in Isolationshaft festgehalten und habe weder Zugang zu medizinischer Versorgung noch zu Rechtshilfe.

Auch kündigt Obetta an, die Nationale Menschenrechtskommission, das Parlament, den Rechtsanwaltsverein Nigerias und den höchsten Richter des Landes einzuschalten, um eine Freilassung des Direktors von Radio Biafra zu erreichen. Außerdem will der Anwalt in der Angelegenheit den Menschenrechtsgerichtshof der Economic Community of West African States“ (ECOWAS) anrufen (Sahara Reporters, 14.11.2015).

Kanu muss sich vor dem Magistratsgericht, das in seiner Stellung im Justizsystem Nigerias dem Landgericht in Deutschland entspricht, zu drei Anklagepunkten verantworten: illegale Verschwörung, Einschüchterung und Zugehörigkeit zu beziehungsweise Leitung einer illegalen Vereinigung (Naij, 18.11.2015 / IB Times, 30.11.2015). Er hat auf „nicht schuldig“ plädiert (IB Times, 30.11.2015). Die Regierung beschuldigt Kanu, im Geheimen eine Abspaltung Biafras von Nigeria zu planen (IB Times, 23.12.2015).

In den darauffolgenden Monaten wird das Verfahren gegen Kanu und seine zwei Mitangeklagten Benjamin Madubugwu und David Nwawuisi um drei weitere Anklagepunkte erweitert, so dass sie sich schließlich wegen sechs Strafdelikten vor Gericht verantworten müssen. So werden sie unter anderem belangt wegen Hochverrats, Mitgliedschaft und Leitung einer illegalen Vereinigung, Besitz von Schusswaffen und weiteren Straftaten, die im Zusammenhang mit ihren Bemühungen um eine Abspaltung Biafras stehen (Premium Times, 9.2.2016 / Punch, 27.4.2016/ IB Times, 10.2.2016 / Premium Times, 12.8.2016).

Nwawuisi ist ein in Enugu wohnender Ingenieur mit Verbindungen zu Radio Biafra. Er wurde im Juli 2015 festgenommen. Madubugwu ist der Anführer des „Biafra Zionist Movement“ (BIM) und wurde 2014 in Gewahrsam genommen. Ihm wird vorgeworfen, einen Angriff auf den „State Broadcasting Service“ in Enugu State verübt zu haben.

Umstrittene Haftverlängerung

Wochenlang besteht Unklarheit über das Schicksal von Kanu. Während Nigerias Behörden den Eindruck erwecken, der Biafra-Aktivist sei auf Kautions freigekommen (IB Times, 17.11.2015), wirft sein Anwalt dem Staat vor, die

überfällige Freilassung seines Mandanten gezielt zu verschleppen (New Express, 19.11.2015 / Naij, 8.12.2015 / IB Times, 16.12.2016). Kanus Anwalt beschuldigt die Behörden, mit der anhaltenden Haft Kapitel 4 der Verfassung Nigerias zu verletzen (Naij, 8. 12.2015). Auch Staatspräsident Muhammadu Buhari mischt sich öffentlich in das Strafverfahren ein und erklärt, Kanu dürfe angesichts der von ihm begangenen schweren Straftaten nicht freigesprochen werden (IB Times, 18.1.2016/ IB Times, 19.3.2016).

Im November 2015 beklagt Rechtsanwalt Obetta eine erneute Einschränkung der Rechte seines Mandanten. Denn der Nationale Geheimdienst (DSS) habe beim Obersten Gericht Nigerias eine Anordnung erwirkt, Kanu ohne Vorlage weiterer Beweise für die Anschuldigungen 90 Tage festhalten zu dürfen, um weitere Ermittlungen zu seiner möglichen Verstrickung in terroristische Aktivitäten und in die Finanzierung krimineller Machenschaften anstrengen zu können (IB Times, 1.12.2015 / New Express, 19.11.2015 / Naij, 8.12.2015/ IB Times, 16.12.2016). Die Anweisung wird am 10. November 2015 vom Bundesgericht in Abuja erteilt (New Express, 19.11.2015).

Als Kanus Fall am 18. November 2015 erneut im Gericht erörtert wird, drückt Richter Shuaibu Usman sein Missfallen darüber aus, dass es der DSS trotz seiner strikten Anweisung nicht geschafft hat, Kanu zur Anhörung aus der Isolationshaft in den Zellen des DSS in das Gericht zu bringen. Er weist an, Kanu in der kommenden Woche am 23. November 2015 erneut zu einer Anhörung vorzuladen (New Express, 19.11.2015 / Vanguard, 24.11.2015).

Kanu nimmt schließlich an der Anhörung am 23. November 2015 im Abuja Magistrate Court teil, bei dem vor allem die Bedingungen für eine Freilassung auf Kautions erneut erörtert werden. Der Anwalt des Hauptbeschuldigten wirft dem Gericht vor, die Bedingungen für eine Freilassung auf Kautions nicht klar zu formulieren und so gezielt eine Haftentlassung zu verhindern. So habe das Gericht auch fünf Wochen nach der Verhaftung des Biafra-Aktivisten noch immer nicht näher beschrieben, wo das Grundstück gelegen sein müsse, das als Sicherheit für die Kautions und Freilassung nachgewiesen sein müsse. Neue Unklarheiten hinsichtlich des Gerichtsverfahrens entstehen, weil Staatsanwalt Moses Idakwo von neuen Verdachtsmomenten spricht, die jenseits der Zuständigkeit des Magistratsgerichts liegen könnten. Die Staatsanwaltschaft beantragt daher, das Verfahren an ein höheres Gericht zu verweisen. Während der Anhörung protestieren vor dem Gerichtsgebäude hunderte Biafraner friedlich gegen das Verfahren und fordern Kanus Freilassung (Vanguard, 24.11.2015). In Biafra selbst

gibt es zeitgleich Massenproteste in den Städten Onitsha und Aba, wo tausende Demonstranten die Freilassung Kanus verlangen.

Die darauffolgende Anhörung soll am 1. Dezember 2015 stattfinden (IB Times, 23.11.2015 / IB Times, 30. November 2015). Sie wird jedoch kurzfristig verschoben (IB Times, 1.12.2015).

Am 8. Dezember 2015 bittet Obetta das Gericht, die Anordnung des Obersten Gerichts in Abuja aufzuheben, dass Kanu ohne Vorlage weiterer Beweise für 90 Tage gefangen gehalten werden kann. Denn dies sei eine Verletzung der Strafprozessordnung und der Bürgerrechte seines Mandanten (Naij, 8.12.2015). Auch verstoße Kanus anhaltende Haft gegen die Verfassung und gegen die Afrikanische Menschenrechtscharta (IB Times, 16.12.2015). Staatsanwalt Moses Idakwo spricht sich gegen einen Freispruch und eine Freilassung Kanus aus, da aufgrund seiner doppelten Staatsangehörigkeit akute Fluchtgefahr bestehe und die Anschuldigungen sehr schwer wiegen würden (IB Times, 16.12.2015). Eine weitere Anhörung im Fall Kanu wird für den 16. Dezember 2015 angesetzt.

In der Gerichtsverhandlung am 16. Dezember 2015 werden auf Antrag der Staatsanwaltschaft alle Anklagepunkte zurückgezogen. Denn die Bundesanwaltschaft verfolgt nun eine neue Strategie. Sie will den Biafra-Aktivisten vor dem Obersten Gericht des Landes wegen terroristischer Aktivitäten und Gefährdung der Staatssicherheit anklagen. Das Gericht gibt dem Antrag statt und erklärt die weitere Inhaftierung von Kanu für gesetzeswidrig. Doch trotz dieser Entscheidung kommt der Aktivist nicht frei. Sein Fall wird mit neuen Anklagepunkten vor einer höheren Instanz erneut verhandelt (Pulse, 16.12.2015 / Premium Times, 16.12.2015).

Am 23. Dezember 2015 leitet der Bundesgerichtshof unter Vorsitz von Ahmed Mohammed den Fall des Staates Nigeria gegen Nnamdi Kanu an den Obersten Richter im Gericht weiter (IB Times, 23.12.2015 / Naij, 28.12.2015). Vergeblich fordert Kanu unter Hinweis auf den Richterspruch seine Freilassung und äußert sein Misstrauen gegenüber der Gerichtsbarkeit, der er Voreingenommenheit und die Verletzung des nigerianischen Strafprozessrechts vorwirft (Naij, 28.12.2015/ IB Times, 23.12.2015).

Doch auch beim Obersten Bundesgericht wird der Fall nicht zügig verhandelt, sondern es kommt zu immer neuen Verzögerungen. So wird zwar mit dem 18. Januar 2016 ein Datum für den Neubeginn des Kanu-Prozess festgelegt, doch der Richter erscheint nicht zu der angesetzten Verhandlung. Schließlich wird am 20.

Januar 2016 erneut in einer Anhörung über die Bedingungen für eine Haftentlassung auf Kautions verhandelt.

Auch der Angeklagte wechselt sein Verteidigungsteam aus und ernennt Chucks Muoma und Ifeanyi Ejiofor zu seinen neuen Rechtsanwälten (IB Times, 19.3.2016).

Die nigerianische Regierung besteht gegenüber dem Bundesgericht in Abuja auf einem geheimen Gerichtsverfahren, um die Identität von Zeuginnen und Zeugen nicht preiszugeben und sie im Kreuzverhör im laufenden Prozess vernehmen zu können. Staatsanwalt Mohammed Diri, der ebenfalls Direktor der Anklageerhebung bei der Generalstaatsanwaltschaft ist (Counsel to the Federal Government, Director of Prosecution in the Office of the Attorney General), beantragt beim Richter, Zeugenbefragungen zum Schutz der Betroffenen auch geheim durchführen zu können. Rechtsanwalt Muoma sieht durch geheime Zeugenbefragungen das Recht auf ein transparentes und rechtsstaatliches Gerichtsverfahren bedroht und befürchtet einen Missbrauch des Zeugenschutzes, um belastendes Material gegen seinen Mandanten zusammenzutragen (Premium Times, 9.2.2016 / IB Times, 19.2.2016). Richter John Tsoho lehnt daraufhin den Antrag des Staatsanwaltes auf ein geheimes Gerichtsverfahren ab, gewährt aber die Möglichkeit, die Namen von Zeuginnen und Zeugen aus Gründen der Sicherheit nicht zu veröffentlichen (IB Times, 19.2.2016).

Kanu wird weiterhin vom DSS an einem geheimen Ort in Haft gehalten, bis Richter Tsoho im Februar 2016 anordnet, dass der Beschuldigte in ein reguläres Gefängnis in Kuje überstellt wird, damit er auch Besuch von Familienmitgliedern bekommen kann (IB Times, 19.2.2016).

Die Staatsanwaltschaft dringt auch in der nächsten Verhandlung am 7. März 2016 auf einen verstärkten Zeugenschutz, so dass das Gericht schließlich gestattet, dass Zeugen in dem Gerichtsverfahren auch vor Kameras oder maskiert befragt werden dürfen (Punch, 27.4.2016 / Newsweek, 6.5.2016 / The Guardian, 26.5.2016). Kanus Anwalt stellt daraufhin einen Antrag auf Aussetzung des Gerichtsverfahrens, weil er die Entscheidung von Richter Tsoho zur geheimen Befragung von Zeugen anfechten will. Sein Kollege Ejiofor bezweifelt öffentlich angesichts der Diskussion um Geheimhaltung der Identität der Zeuginnen und Zeugen, dass sein Mandant vor diesem Gericht einen fairen Prozess bekommen wird (Premium Times, 9.3.2016 / Daily Post, 6.4.2016).

Am 5. April 2016 stimmt Richter John Tsoho der Vertagung des Prozesses bis zum 26. April zu (IB Times, 5.4.2016). Kanus Anwalt weist die Anklagepunkte zurück

und wendet sich hilfeschend an die britische Regierung mit der Bitte um Unterstützung für seinen Mandanten. In einem Brief an die „British High Commission“ in Abuja schreibt das Verteidigungsteam, dass ihnen willkürlich der Zugriff auf Material untersagt wird, das für den Fall relevant ist (IB Times, 31.3.2016 / IB Times, 5.4.2016). Doch das britische Außen- und Commonwealth-Ministerium antwortet zurückhaltend, dass es nur in Sonderfällen konsularisch tätig wird, wenn die Betroffenen die doppelte Staatsangehörigkeit haben. Ein solches Vorgehen müsse im Einzelfall mit dem Betroffenen abgestimmt werden, erklärt das britische Ministerium (IB Times, 5.4. 2016).

Eine Aussetzung des Gerichtsverfahrens bis zur Klärung der Einsprüche der Beschuldigten gegen geheime Zeugenaussagen wird von Richter John Tsoho abgelehnt (Vanguard, 26.4.2016 / Punch, 27.4.2016). Erneut scheitert auch ein Versuch, Kanus Freilassung auf Kautions durchzusetzen. So bestätigt Ende Mai 2016 das Berufungsgericht in Abuja den Beschluss des Obersten Föderalen Gerichts, den Direktor von Radio Biafra nicht freizulassen. Sie begründen ihren Beschluss mit drohender Fluchtgefahr, da Kanu auch einen britischen Reisepass besitzt (Newsweek, 25.5.2016).

Der Vorsitzende Richter im Verfahren gegen Kanu rügt Anwalt Ifeanyi Ejiofor, dem er Erpressung und unangemessene Kritik an dem Gericht vorwirft. Der Anwalt hatte zuvor Zweifel an der Neutralität des Gerichts und an der Fairness des Verfahrens geübt und einen Befangenheitsantrag der drei Angeklagten gegen den Richter angekündigt (Newsweek, 6.5.2016 / Premium Times, 12.8.2016 / Guardian, 26.5.2016). Der Befangenheitsantrag wird jedoch abgelehnt (Guardian, 26.5.2016).

Doch Kanus Anwälte geben sich damit nicht zufrieden. So wenden sie sich an den National Judicial Council des Landes, das nationale Aufsichtsgremium über den Justizapparat, um disziplinarische Schritte gegen Richter Tsoho zu erwirken (Vanguard, 21.6.2016 / Today, 20.6.2016/ IB Times, 20.6. 2016). So werfen sie dem Richter unter anderem vor, die Herausgabe von Prozessakten und Beschlüssen des Gerichts verweigert zu haben. Erst nach Intervention beim Obersten Richter des Bundesgerichts habe man die Dokumente schließlich erhalten. Auch werde seinen Anwälten immer wieder willkürlich in der Verhandlung das Rederecht verweigert, obwohl die Strafprozessordnung ein 20-minütiges Rederecht vorsieht (Vanguard, 26.9.2016).

Schließlich wird das Gerichtsverfahren am 26. September 2016 fortgesetzt. Richter Tsoho gib den Fall angesichts des Streits mit den Anwälten an das Gericht ab, dass einen neuen Richter mit dem komplexen Verfahren betrauen muss (The Nation, 26.9.2016 / The Nigerian Voice, 26.9.2016).

Der Richter Adeniyi Ademola am Bundesgericht in Abuja, der einer Freilassung Nnamdi Kanus auf Kaution zugestimmt hatte, erklärt in einem an den Obersten Richter Nigerias Mahmoud Mohammed gerichteten Schreiben vom 11. Oktober 2016, dass er wegen dieser Entscheidung vermutlich festgenommen wurde. Mehr als 24 Stunden lang wurde er im Gewahrsam des DSS am 8. / 9. Oktober 2016 festgehalten und verhört. Später wird ihm von einem DSS-Mitarbeiter bestätigt, dass sein Verhalten im Fall Nnamdi Kanu mitentscheidend für seine Festnahme war. Mehrere Richter wurden an dem Wochenende angeblich wegen des Verdachts der Korruption verhaftet und verhört. Schließlich kann der Vorwurf auch dank der Intervention des nigerianischen Rechtsanwaltsvereins ausgeräumt werden (The Cable, 15.10.2016). Doch der Fall des Richters zeigt, wie heikel es selbst für Richter ist, sich gegen die offiziell propagierte Linie der Kriminalisierung von Biafra-Aktivisten zu stellen.

Inzwischen findet das Gerichtsverfahren gegen Nnamdi Kanu auch international Aufmerksamkeit. So appelliert die nigerianische Menschenrechtsorganisation „Intersociety“ (International Society for Civil Liberties and the Rule of Law) im September 2016 an den UN-Hochkommissar für Menschenrechte und an die UN-Vollversammlung, Staatspräsident Buhari aufzufordern, die Gewaltenteilung zu respektieren und sich nicht mit öffentlichen Erklärungen in das laufende Gerichtsverfahren einzumischen (Vanguard, 21.9.2016). Am 23. September 2016 organisiert die IPOB einen weltweiten Aktionstag für die Angeklagten und fordert bei zahllosen Protestveranstaltungen die Freilassung ihrer inhaftierten Aktivisten. Außerdem bringt die IPOB Kanus Fall vor das ECOWAS Gericht (Economic Community of West African States) (Today, 5.10.2016). Die Rechtsanwälte der IPOB werfen der nigerianischen Regierung vor, die Menschenrechte der drei vor dem Obersten Gericht Angeklagten zu verletzen. Das Verfahren vor dem ECOWAS-Gericht wird auf den 8. November vertagt (Premium Times, 5.10.2016). Nigerias Regierung scheitert mit dem Versuch, die Zuständigkeit der ECOWAS in dem Verfahren juristisch anzufechten. So erklärt das ECOWAS-Gericht Kanus Klage am 7. März 2017 für zulässig und setzt eine weitere Verhandlung zu dem Verfahren für den 27. April 2017 an (Daily Trust, 8.3.2017).

Der frühere Chef der Zentralbank Nigerias, Professor Charles Chukwuma Soludo, fordert Staatspräsident Buhari am 29. September auf, Kanu aus der Haft zu entlassen, weil mit jedem Tag seiner Inhaftierung seine Popularität nur zunehme. Die Haft mache ihn in den Augen vieler Biafraner zu einem Märtyrer und Helden. Wenn er nicht bald freigelassen werde, bekäme Buhari spätestens bei den Wahlen im Jahr 2019 ein Problem, erklärt Soludo (Daily Post, 29.9.2016).

Auch der langjährige nigerianische Parlamentarier Ehiogie West-Idahosa fordert ein Umdenken Buharis im Fall Kanu. Statt den Biafra-Aktivisten zu inhaftieren, solle der Staatspräsident mit ihm über eine politische Lösung der Biafra-Frage verhandeln, verlangt der Politiker. Wer den Protest der Biafraner gewaltsam unterdrücke, mache die Lage nur noch gefährlicher (Daily Post, 2.3.2017).

Am 1. Dezember 2016 lehnt das Oberste Bundesgericht erneut einen Antrag auf Haftentlassung Kanus auf Kaution ab. Die Anschuldigungen seien zu „schwerwiegend“, erklärt Richterin Binta Nyako zur Begründung. Doch zumindest ordnet die Juristin an, dass der Gerichtsprozess zügiger fortgeführt werden soll (Premium Times, 1.12.2016).

Die Anklage umfasst inzwischen elf Punkte, nachdem weitere fünf mutmaßliche Strafdelikte vom Obersten Bundesgericht im Jahr 2016 zu den sechs vor dem Magistratesgericht verhandelten Straftaten hinzugefügt wurden (Premium Times, 17.11.2016). Doch die Generalbundesanwaltschaft blamiert sich, als Richterin Nyako in einer Verhandlung am 1. März 2017 erklärt, sechs der Anklagepunkte würden mangels stichhaltiger Beweise gestrichen (Daily Post, 1.3.2017 / Newsweek, 2.3.2017). Bestehen bleiben die Anklagen wegen Verschwörung, Hochverrat, illegalem Waffenbesitz, Einfuhr verbotener Güter und der Veröffentlichung diffamierender Schriften. Kanu erklärt sich in allen Anklagepunkten für nicht schuldig.

Bei der Fortsetzung des Gerichtsverfahrens im März 2017 ordnet die Richterin Nyako an, dass Journalisten im Gerichtssaal keine Kameras und Mobilfunkgeräte benutzen dürfen, um Fotos von dem Verfahren zu machen (Daily Post, 20.3.2017). Auch kündigte Nyako an, dass die Zeuginnen und Zeugen ihre Aussagen vor Blicken geschützt hinter einer Mauer oder maskiert abgeben können. Die IPOB kritisiert die Auflagen der Richterin und verlangt mehr Transparenz und Öffentlichkeit für das Verfahren (Daily Post, 21.3.2017). Kanus Anwalt fordert in der Verhandlung am 6. April erneut die Aufhebung der Geheimhaltung. Es sei nicht nachvollziehbar, warum von dem auch in Nigerias Verfassung festgelegten

Grundsatz des öffentlichen Gerichtsverfahrens abgewichen werde, erklärt der Prozessvertreter Kanus (Premium Times, 6.4.2017). Am 25. April 2017 soll das Gericht über den Einspruch von Kanus Anwalt entscheiden (Daily Post, 6.4.2017).

Die Kritik an dem langwierigen Gerichtsverfahren gegen Kanu wächst auch unter Nigerias Politikern. So fordert der Abgeordnete Sopuluchukwu Ezeonwuka, der einen Wahlkreis im Bundesstaat Anambra im nationalen Parlament vertritt, die sofortige Freilassung Kanus. Seine fortgesetzte Inhaftierung widerspreche jeder Rechtstaatlichkeit, erklärt der Politiker (Daily Post, 21.3.2017). Auch der Generaldirektor des Radiosenders „Voice of Nigeria“, Osita Okechukwu, macht im Gespräch gegenüber Journalisten deutlich, dass er Staatspräsident Buhari aufgefordert hat, den Biafra-Aktivisten freizulassen (Daily Post, 27.3.2017). Der in Enugu in Biafra geborene Intendant des Radiosenders macht zugleich deutlich, dass er Kanus Wirken im Ausland sehr kritisch sieht (Daily Post, 12.4.2017).

Auch die Gouverneure der Bundesstaaten im Südosten Nigerias zeigen sich besorgt über die politischen Folgen einer Langzeit-Inhaftierung von Kanu und wollen Buhari drängen, ihn freizulassen (Vanguard, 2.4.2017). Die IPOB und die MASSOB begrüßen die Initiative der Gouverneure und fordern die Politiker auf, in den Gesprächen mit Präsident Buhari auch ein Ende der Morde durch Fulani-Hirten zu verlangen (Vanguard, 3.4.2017). Politiker aus anderen Landesteilen Nigerias werfen den Gouverneuren aus Biafra vor, sich nicht für das Wohl Kanus zu interessieren, sondern nur aus eigenen Machtinteressen aktiv zu werden, um ihr persönliches politisches Überleben zu sichern (Daily Post, 6.4.2017).

Auch nigerianische Künstler der Organisation „United Nigerian Artists for Peace and Justice“ besuchen Kanu im Gefängnis und plädieren für seine Freilassung (Nigeria Today News, 4.4.2017). Dies könne zu „mehr Frieden und Ruhe“ im Südosten Nigerias beitragen, erklärt der Künstler Chinaka Greatson (Daily Post, 4.4.2017).

Angesichts der vielen Proteste und Appelle aus dem In- und Ausland, gibt die nigerianische Staatsführung schließlich nach und ermöglicht am 25. April 2017 unter engen Bedingungen eine Haftentlassung Kanus auf Kautions aus gesundheitlichen Gründen. So darf der Beschuldigte keine Interviews mit Medien geben, muss sich jeder politischen Stellungnahme enthalten und darf sich auch nicht gemeinsam mit mehr als zehn Personen zeigen. Außerdem darf er nicht an Demonstrationen mitwirken (Premium Times / Daily Post, 25.4.2017). Insgesamt muss sich Kanu verpflichten, zwölf von dem Gericht genannte Bedingungen zu

beachten (Premium Times, 29.4.2017). Nach anfänglichem Zögern akzeptiert er die restriktiven Kautionsbedingungen und kommt am 28. April 2017 frei (Daily Post, 25.4.2017, 1.5.2017 / Reuters, 28.4.2017).

Die Vorsitzende Richterin hat ihm aufgrund seines bedenklichen Gesundheitszustandes Haftverschonung gewährt. Kanus Schwester Chinwe Kanu hatte schon im November 2015 Bedenken gegenüber der Haft geäußert und auf seinen schlechten gesundheitlichen Zustand verwiesen (IB Times, 30.11.2015). Auch Kanus erster Anwalt, Obetta, hatte damals aus Gesundheitsgründen bereits seine Freilassung gefordert (IB Times, 1. Dezember 2015). Doch es sollte 17 Monate dauern, bis endlich Haftverschonung gewährt wird.

Seinen drei Mitangeklagten wird die Haftentlassung auf Kaution verweigert. Die nächste Verhandlung in dem Gerichtsverfahren wird auf den 11. Juli 2017 angesetzt (Newsweek, 25.4.2017).

6. Übermäßige Gewalt der Sicherheitskräfte

Wer in Nigeria an Demonstrationen oder Gedenkveranstaltungen von Pro-Biafra-Organisationen teilnimmt oder sich zu deren Zielen öffentlich bekennt, riskiert sein Leben. Denn Polizei, Armee und Nationaler Geheimdienst gehen heute mit aller Härte gegen Biafra-Aktivist*innen vor.

Lange ignorierten Nigerias Sicherheitsbehörden die Aktivitäten von MASSOB, IPOB, BZM und BIM oder redeten sie zumindest in der Öffentlichkeit klein. Doch mit dem Erstarken der Pro-Biafra-Gruppen, deren Massenproteste tiefen Eindruck hinterließen, änderten die Sicherheitskräfte im Spätsommer 2015 ihre Strategie. Seither gehen sie sehr viel entschlossener gegen diese Gruppen vor und zögern auch nicht vor dem Einsatz exzessiver Gewalt. So sollen offensichtlich Demonstranten abgeschreckt und deutlich unterstrichen werden, dass Nigerias Sicherheitskräfte zu allem bereit sind, um die Aktivitäten der Pro-Biafra-Gruppen mit Gewalt zu stoppen.

So sterben bei der Eskalation einer Verkehrskontrolle am 22. August 2015 in Onitsha (Bundesstaat Anambra) zwei Biafraner, weitere vier Menschen, unter ihnen ein Polizist, werden verletzt (Vanguard, 23.8.2015). Ein Polizist hatte zwei Mopedfahrer, die als MASSOB-Unterstützer zu erkennen waren, wegen eines Verkehrsdeliktes angehalten. Es kam zum Streit zwischen ihnen. Der Polizist

erschoss einen der Biafraner, der zweite wurde durch einen Streifschuss tödlich verletzt.

Mindestens drei Biafraner kommen zu Tode, als Soldaten das Feuer auf eine Gruppe von rund 200 Demonstranten eröffnen, die zu der Brücke von Onitsha ziehen. Die Brücke wird die von Marinesoldaten aus Sicherheitsgründen seit Tagen bewacht. Sie führt über den Fluss Niger, verbindet zwei Bundesstaaten miteinander, gilt als strategisch bedeutsam und wird daher seit dem Beginn der Proteste in Biafra intensiv überwacht (Nairaland / Information Nigeria, 31.8.2015). Manche Augenzeugen sprechen von bis zu zehn Toten und 30 Verletzten bei der Niederschlagung des friedlichen Protests.

Am 1. Dezember 2015 kommt es erneut zu einem Protest von IPOB-Aktivisten an der Brücke in Onitsha. Sicherheitskräfte fordern die Demonstranten auf, den Protest aufzulösen und nach Hause zu gehen. Polizisten und Soldaten fordern die Demonstranten auf, ihre Hände zu erheben, um zu zeigen, dass sie unbewaffnet sind. Obwohl die Teilnehmer des Protestzuges der Aufforderung folgen, feuern Soldaten auf sie. Mindestens sechs Personen sterben bei der Niederschlagung des Protestes (Pulse Nigeria, 2.12.2015 / Amnesty International Report, S. 24).

Als am 17. Dezember 2015 Biafra-Aktivisten in Onitsha die vermeintliche Freilassung des inhaftierten Direktors von Radio Biafra Nnamdi Kanu an der Niger-Brücke feiern, kommt es erneut zu einem Streit mit Soldaten. Armee und Polizei eröffnen das Feuer auf die Demonstranten. Mindestens fünf Menschen sterben bei dem schweren Zwischenfall (Vanguard, 18.12.2015).

Das Schicksal des im Oktober 2015 inhaftierten Direktors von Radio Biafra Nnamdi Kanu bewegt viele Biafraner. In ganz Biafra werden Demonstrationen und Mahnwachen organisiert, um an ihn zu erinnern und seine Freilassung zu fordern. Auch im Bundesstaat Abia widmet die IPOB im Februar 2016 an den Inhaftierten eine viertägige Gebetsveranstaltung. Im Vorfeld hatten die Organisatoren sich zweimal mit der Polizei getroffen, um sie über die geplante Veranstaltung zu informieren und um gegebenenfalls den Schutz der Polizei in Anspruch nehmen zu können. Als das Gebetstreffen am 9. Februar 2016 in der National High School in Aba beginnt, kommen rund 200 Biafra-Unterstützer zusammen. Augenzeugen berichten, dass die Teilnehmer singen, tanzen und beten. Die Atmosphäre ist gelöst, es gibt keine Gewalt oder Spannungen. Dies belegen auch Video-Aufnahmen. Trotzdem rücken zunächst Polizisten und später auch Soldaten an, umzingeln das Veranstaltungsgelände, blockieren Zu- und Ausgänge und

beginnen, die Teilnehmer festzunehmen. Zunächst versuchen Soldaten, Video-Aufnahmen und Fotos vom Geschehen zu verhindern und nehmen einen Kameramann in Gewahrsam. Später versuchen sie auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verhaften. Um die Menge einzuschüchtern, eröffnen sie das Feuer auf die versammelten 200 Biafraner. Auf vom Veranstaltungsort fliehende IPOB-Unterstützer wird sogar gezielt geschossen. Augenzeugen gehen davon aus, dass acht bis 13 Biafraner bei der blutigen Auflösung des Gebetstreffens getötet werden, doch eine genaue Zahl der Todesopfer lässt sich nicht feststellen. Offensichtlich haben die Sicherheitskräfte vor dem Ende ihres Einsatzes ein Feuer auf einem angrenzenden Gelände gemacht, um blutige Kleidung und andere Beweisstücke zu vernichten, erklären Augenzeugen (Amnesty International Report, S. 27-29).

In einer Abfalldéponie in der Nähe der Stadt Aba werden vier Tage nach der gewaltsamen Auflösung des Gebetstreffens 13 Leichname von Anwohnern entdeckt. Lokale Menschenrechtler gehen davon aus, dass es sich bei den Toten, um die Personen handelt, die von den Sicherheitskräften während des Gebetstreffens in Gewahrsam genommen wurden. Ein Mitarbeiter von Amnesty International besucht wenige Tage später die Fundstelle und bemerkt, dass die Hände von acht der 13 Toten auf dem Rücken gefesselt sind. Auch liegt eine Biafra-Flagge nahe der Ermordeten.

Am 20. Februar 2016 fordern mehrere Menschenrechtsorganisationen den Innen- und Verteidigungsminister auf, den Vorfall unverzüglich zu untersuchen und aufzuklären. Bei einem erneuten Besuch am Fundort der Leichen am 2. März 2016 stellen Menschenrechtler fest, dass die Toten inzwischen verbrannt wurden und nur noch verkohlte Leichenteile am Tatort zu finden sind (Amnesty International Report, S. 32/33). Aus Sicherheitskreisen bekommt die Menschenrechtsorganisation die vertrauliche Information, dass es sich bei den Leichnamen um die Überreste der bei dem Gebetstreffen Getöteten handelt. Einige der Verletzten seien später verblutet und man habe dann alle zu Tode gekommenen auf der Müllkippe abgelegt.

Am 49. Jahrestag der Gründung der Republik Biafra versammeln sich am 30. Mai 2016 mehr als 1.000 IPOB-Unterstützer für eine Gedenkveranstaltung in Onitsha (Bundesstaat Anambra). Die Organisatoren hatten zuvor die Polizeibehörden über die bevorstehende Veranstaltung informiert und einen guten und friedlichen Verlauf des Treffens gewünscht. Landesweit warnen die Polizeibehörden in

Nigeria vor dem Gedenktag jedoch vor jeder Störung der öffentlichen Ordnung und kündigen an, mit aller Härte gegen Straftäter vorzugehen.

Schon im Vorfeld der Gedenkveranstaltung kommt es zu Übergriffen der Sicherheitskräfte, als Polizisten und Soldaten in Nkpor (Bundesstaat Anambra) in der Nacht des 29. Mai Übernachtungsplätze der angereisten Biafraner durchsuchen. Bei der Gedenkveranstaltung in der katholischen St. Edmunds Kirche in Nkpor in der Nacht von dem 29. auf den 30. Mai dringen Sicherheitskräfte sogar in die Kirche ein, setzen Tränengas in dem Gotteshaus ein und gehen gegen Gläubige und Geistliche vor. Sie eröffnen das Feuer auf die Anwesenden. Mindestens fünf Menschen werden getötet. Wer die Flucht ergreift, macht sich verdächtig und wird angeschossen oder getötet.

Später greifen Polizei und Militär biafranische Gäste auf dem Rastplatz von Nkpor an, die in ihren Fahrzeugen übernachteten. Am nächsten Tag werden erneut Biafraner von Sicherheitskräften angegriffen, insbesondere wenn sie versuchen, den Einsatz von Polizei und Armee zu filmen oder zu fotografieren. Mit scharfer Munition geschossen wird auch ohne vorherige Warnung. Augenzeugen berichten von neun Leichen, die sie in der Umgebung des Rastplatzes gesehen haben (International Business Times, 2.6.2016).

Auch in Onitsha, Ogidi und in Asaba im Bundesstaat Delta sterben viele Biafraner, als Sicherheitskräfte gewaltsam Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen von Aktivisten auflösen. So werden in Asaba mindestens fünf Unterstützer der MASSOB und zwei Polizisten getötet (Pulse Nigeria, 30.5.2016). Auch in Onitsha verlieren mindestens 15 Menschen ihr Leben, als Polizisten und Soldaten gewaltsam gegen Biafra-Aktivisten vorgehen. Die Polizei bestreitet, dass in Onitsha am 30. Mai Menschen zu Tode kamen (Newsweek, 31.5.2016).

Die Polizeisprecherin Olabisi Kolawole wirft den Biafra-Aktivisten „vorsätzliche Angriffe“ auf Sicherheitskräfte vor, die nur versucht hätten, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen (Newsweek, 31.5.2016). Die Armee behauptet sogar, die Biafra-Unterstützer seien mit Pistolen und anderen Feuerwaffen bewaffnet gewesen, um die Sicherheitskräfte in Onitsha anzugreifen (Premium Times, 30.5.2016). Die IPOB weist diesen Vorwurf zurück und erklärt, ihre Unterstützer seien unbewaffnet gewesen. Der Generalinspekteur der nigerianischen Polizei Solomon Arase ordnet daraufhin die sofortige Entwaffnung aller IPOB-Anhänger im Südosten Nigerias an und will jeden illegalen Waffenbesitz mit aller Härte zu verfolgen.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International geht nach Auswertung vieler Zeugenaussagen und Videoaufnahmen davon aus, dass mindestens 60 Menschen bei der Niederschlagung der Gedenkfeiern am 29./30. Mai 2016 in den Bundesstaaten Anambra und Delta gewaltsam zu Tode kamen, doch dass die tatsächliche Zahl der Toten wahrscheinlich noch höher ist (Amnesty International Report, S.33-38). Die IPOB legt nach den Ereignissen eine Liste mit den Namen von 41 Personen vor, die am 30. Mai 2016 getötet wurden.

Der Rechtsanwalt Ebun-Olu Adegboruwa reicht im Juni 2016 beim Obersten Bundesgericht in Lagos eine Klage gegen die nigerianische Regierung ein, in der er die Bundesbehörden auffordert, die verfassungsrechtlich garantierten Rechte von Demonstranten auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu respektieren. Nachdrücklich fordert er die sofortige Freilassung von IPOB-Unterstützern, die wegen der Teilnahme an Demonstrationen festgenommen wurden (Punch, 9.6.2016). Das Gericht soll feststellen, dass Sicherheitskräfte kein Recht dazu haben, willkürlich nigerianische Staatsbürger zu verhaften oder zu erschießen, verlangt er. Wenn die Bundesregierung Nigerias einen „Tag zum Gedenken an die Streitkräfte“ erkläre, um der Opfer während des Bürgerkrieges in Biafra (1967-1970) zu gedenken, dann müssten die Biafraner auch das Recht haben, ihrer Opfer zu gedenken, ohne dabei in ihrer Freiheit und in ihren Rechten eingeschränkt zu werden.

Als das Biafra Independent Movement (BIM) am 19. September 2016 sein 17-jähriges Bestehen mit einem Gedenkmarsch in Onitsha (Bundesstaat Anambra) feiert, kommt es auf der Straße nach Owerri zu Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, bei denen vier Unterstützer der Organisation (Steven Uranta, Philip Nwite, Okorie Bernard, Useh Nwokpoku) zu Tode kommen. Mindestens sechs Biafra-Aktivisten werden verletzt und 14 Personen festgenommen (The Sun, 20.9.2016).

Der angesehene nigerianische Menschenrechtsanwalt Femi Falana kritisiert die Reaktion von Nigerias Armee auf die Veröffentlichung des Menschenrechtsreports von Amnesty International. Der stellvertretende Armee-Sprecher räumte nur den Tod von fünf Biafra-Aktivisten im Zeitraum von August 2015 bis August 2016 ein, während die Menschenrechtsorganisation von mindestens 150 Personen ausgeht, die erschossen wurden. In einem Beitrag für die Zeitschrift des Nationalen Rechtsanwaltsvereins kritisiert er das Verhalten der Armee. Er hinterfragt aber auch das Schweigen der 109 Sektionen des Anwaltsvereins zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Sicherheitskräfte an Biafra-Aktivisten, während die

Anwälte lautstark gegen die Razzien und Verhaftungen von Richtern im Rahmen der Korruptionsbekämpfung protestierten (Premium Times, 1.12.2016).

Nach der Veröffentlichung des ai-Berichts appellieren im Dezember 2016 auch 42 Menschenrechtsorganisationen an die nigerianische Bundesregierung und die Gouverneure der Bundesstaaten Anambra und Abia, eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe einzuleiten (Guardian, 22.12.2016).

Auch die frühere Kultusministerin Oby Ezekwesili und Reno Omokri, der Berater des ehemaligen Staatspräsidenten Goodluck Jonathan, zeigen sich geschockt vom Verhalten der nigerianischen Armee gegenüber Biafra-Aktivisten. Beide fordern ein Ende von bewaffneten Einsätzen gegen unbewaffnete Demonstranten. Die Ministerin hinterfragt, warum die Soldaten scharfe Munition einsetzen, wo Pfefferspray doch auch genügt hätte (Naij, 21.1.2017). Sowohl die Armee als auch die Polizei hätten noch viel zu lernen im richtigen Umgang mit Demonstranten, erklären beide Politiker.

Die Armee hingegen weist alle Vorwürfe, willkürlich exzessive Gewalt gegen Demonstranten von Pro-Biafra-Gruppen auszuüben, weit von sich. Die Kritik, für den Tod von 2.000 jungen Menschen im Südosten des Landes verantwortlich zu sein, weist sie als „unbegründet und gehässig“ zurück. Der Vorwurf stammt von der Nichtregierungsorganisation „Kampagne für Demokratie“ (Campaign for Democracy), die in einer Pressemitteilung am 4. Januar 2017 die Armee beschuldigt, schwere Menschenrechtsverletzungen an unbewaffneten Demonstranten zu verüben. In den vergangenen zwei Jahren der Regierung Buhari sei die Zahl der unschuldig getöteten Nigerianer so hoch gewesen wie nie zuvor seit dem Sturz der Diktatur vor 17 Jahren, erklärt die Organisation (Premium Times, 8.1.2017). Im Juli 2016 hatte sie den Sicherheitskräften bereits vorgeworfen, für den gewaltsamen Tod von rund 6.000 jungen Igbo und für die Verhaftung von 800 Menschen verantwortlich zu sein, die bis heute in Gefängnissen auf ihre Gerichtsverhandlung warteten.

Zur Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Donald Trump kündigen Biafra-Aktivisten für den 20. Januar 2017 in Port Harcourt (Bundesstaat Rivers) eine Demonstration an, um dem Staatsoberhaupt der USA ihre Solidarität zu versichern. Sie informieren die Polizei am 15. Januar über die geplante Kundgebung (Naij, 19.1.2017). Die Polizei warnt daraufhin IPOB und MASSOB, bei ihrer Demonstration nicht den öffentlichen Frieden zu gefährden (Daily Post, 20.1.2017). Keine Gruppe dürfe eine Demonstration organisieren, ohne vorab

erfolgreich dafür eine Genehmigung von den Behörden erhalten zu haben, betonen die Ordnungshüter. Die Biafra-Aktivisten unterstreichen hingegen, dass es in einer Demokratie doch ein Demonstrationsrecht geben müsse und dass dies auch für Biafraner gelten müsse. Rund 200 Menschen nehmen an der Solidaritätskundgebung teil. Elf Menschen werden getötet, als Sicherheitskräfte das Feuer auf Kundgebungsteilnehmer eröffnen, berichtet die IPOB. Auch die MASSOB verurteilt das massive Vorgehen der Sicherheitskräfte. Nach Angaben der Biafra-Aktivisten werden 65 Teilnehmer der Kundgebung festgenommen (BBC, 20.1.2017 / Newsweek, 23.1.2017). Der stellvertretende Polizeichef des Bundesstaates Ahmed Magagi bestreitet öffentlich, dass es Tote gegeben habe, und räumt nur den Einsatz von Tränengas sowie die Verhaftung von „verdächtigen“ Personen ein. Der stellvertretende Polizeichef wirft den Demonstranten „Hochverrat“ vor. Außerdem habe die Demonstration den „freien Verkehrsfluss behindert“ (Vanguard, 22.1.2017).

Der nigerianische Senat verurteilt am 24. Januar die Tötung von elf Demonstranten in Port Harcourt. In einer Resolution beauftragt er das Senatskomitee für Polizei und nationale Sicherheit, eine umfassende Untersuchung der Todesfälle einzuleiten (www.signalng.com, 25.1.2017). Senator Mao Ohuabunwa aus dem Norden des Bundesstaates Abia bringt den Resolutionsentwurf in den Senat ein und begründet seine Initiative mit der Meinungsfreiheit und Demokratie, die für alle Menschen im ganzen Land gelten müsse. Der Senator bezeichnet das Vorgehen der Soldaten als „barbarisch“ und respektlos gegenüber dem Gesetz.

Auch die „Human Rights Writers Association of Nigeria“ (HURIWA) verurteilt den exzessiven Einsatz von Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten, der an die Zeiten von Diktator Sani Abacha in den 90er-Jahren erinnere. Extralegale Erschießungen von Regierungskritikern seien die grausamste und gewaltsamste Methode, um das grundlegende Recht auf Versammlungsfreiheit auszuhebeln, das gemäß der Verfassung von 1999 garantiert ist (Guardian, 7.2.2017). Nachdrücklich kritisieren die Menschenrechtsverteidiger, dass die Regierung Buhari bislang keine der illegalen Tötungen von IPOB-Unterstützern oder Schiiten glaubwürdig habe untersuchen lassen. Die brutalen Angriffe auf friedliche Demonstranten gefährdeten die verfassungsrechtliche Ordnung und die Demokratie.

Am 8. Februar 2017 appelliert die nigerianische Menschenrechtlerin Patricia Ozonu an den Vizepräsidenten Nigerias Yemi Obinsajo, der während der Krankheit Buharis die Amtsgeschäfte des Staatspräsidenten fortführt, die Tötung der elf

IPOB-Unterstützer untersuchen zu lassen (www.allafrica.com, 8.2.2017). Ozonu äußert die Befürchtung, dass Biafra-Aktivist*innen in einem Ausmaß zu Zielscheiben der Angriffe von Polizei und Armee geworden sind, dass ihre Freiheitsrechte in der nigerianischen Gesellschaft nicht mehr gesichert erscheinen, obwohl sie Teil dieser Gesellschaft sind. Es sei höchste Zeit, dass die Bundesregierung Nigerias einen Dialog mit den Demonstranten aufnehme, da immer mehr Gewalt das Problem nicht löse, erklärt die Menschenrechtlerin. Auch setzt sich Ozonu für eine bedingungslose Freilassung des IPOB-Vorsitzenden Nnamdi Kanu ein.

Am 9. Februar 2017 setzt Nigerias Armeechef Generalmajor Tukur Buratai eine neunköpfige Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des pensionierten Generalmajors Tijani Ahmed ein, um die von Amnesty International in ihrem Menschenrechtsreport geäußerten Vorwürfe zu untersuchen (Channels Television, 13.4.2017). Auf die Buratai in einem Brief vom 30. September 2016 von der Menschenrechtsorganisation unterbreiteten Fragen antwortet der Generalmajor jedoch nicht. So sind auch die Erwartungen an die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Recherchen dieser Untersuchungskommission gering. Denn die Streitkräfte machen sich mit dieser Kommission zum eigenen Richter ihres Verhaltens. Dies widerspricht allen international anerkannten Grundvoraussetzungen für eine unabhängige, glaubwürdige und transparente Untersuchung der Vorkommnisse. So wird auch in Nigeria viel Kritik an der Auswahl und Arbeit der untersuchungskommission laut (The Sun, 10.3.2017 / Daily Post, 3.4.2017).

Am 12. Februar 2017 kommen fünf Unterstützer der IPOB zu Tode und 20 weitere Personen werden verletzt, als Sicherheitskräfte gewaltsam ein Treffen der Organisation in der Grundschule Okwe im Bundesstaat Delta stürmen und das Feuer auf die Anwesenden eröffnen (Vanguard, 13.2.2017). Ein Polizeisprecher des Bundesstaates Delta bestätigt nur, dass eine Person getötet worden sei. Ein Biafraner sei erschossen worden, als er versucht habe, einem Soldaten die Waffe zu entreißen, erklärt Pressesprecher Andrew Aniamaka. Doch IPOB und Menschenrechtsorganisationen hinterfragen die dürftigen Erklärungen der Sicherheitskräfte. Sie wollen glaubwürdige Antworten auf ihre bohrenden Fragen, warum Veranstaltungen und Treffen von Biafra-Aktivist*innen so oft in einem Blutbad enden. Auch geben sie sich nicht mit Erklärungen der Sicherheitsbehörden zufrieden, die Armee gehe nur gegen konspirative Geheimtreffen der IPOB vor. Wer veranstaltet denn ein sogenanntes Geheimtreffen in einer staatlichen Grundschule, wenn er sicherstellen möchte, dass die Sicherheitsbehörden nichts

darüber erfahren sollen, fragt die IPOB (Daily Post, 15.2.2017). Glaubwürdige Antworten auf diese Fragen bekommt sie von den Behörden nicht.

Die nigerianische Armee leugnet am 19. Februar 2017 nochmals, biafranische Demonstranten erschossen zu haben. „Wir werden nicht länger stillschweigend hinweg schauen über falsche Vorwürfe von Brutalität von Soldaten....“, droht Aminu Iliyasu, der Sprecher der in Port Harcourt stationierten 6. Division. Er bezeichnet die IPOB als „kriminelle Bande“ (Premium Times, 19.2.2017). Die Armee sei in den Straßen patrouilliert, um den Frieden zu sichern und habe sich trotz Provokationen von den Demonstranten zurückgehalten und keinen einzigen Schuss abgegeben, versichert der Armeesprecher. Alle Vorwürfe seien frei erfunden und nur Propaganda der „Separatisten“.

Wir werden uns vor dem Internationalen Strafgerichtshof wiedersehen, erklärt IPOB am 22. Februar 2017 in einer Pressemitteilung zu ihrem Verhältnis zur Armee (Nairaland, 22.2.2017). Zu der blutigen Niederschlagung der Solidaritätskundgebung mit US-Präsident Trump meint IPOB, dass die Armeebefehlshaber endlich verstehen müssten, dass eine Demonstration oder Mahnwache keine bewaffnete Rebellion ist, die mit scharfer Munition niedergeschlagen werden darf. Warum geht die Armee nicht mit ähnlicher Härte gegen regierungskritische Demonstrationen von Politikern aus Nordnigeria vor?, fragt die Biafra-Organisation.

Die „Internationale Gesellschaft zum Schutz der Bürgerrechte und der Rechtsstaatlichkeit“ (International Society for Civil Liberties and the Rule of Law) wirft Nigerias Buhari-Regierung vor, in den 20 Monaten ihrer Herrschaft für den gewaltsamen Tod von mehr als 11.000 Biafra-Aktivisten, Shiiten und anderen Regierungskritikern verantwortlich zu sein (Naij, 13.3.2017). Die Nichtregierungsorganisation fordert die nigerianische Regierung dazu auf, an die Opfer der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen sowie an ihre Angehörigen fünf Milliarden US-Dollars Schadensersatz zu zahlen (Vanguard, 23.3.2017).

Vor den 50 Jahr-Feiern zur Unabhängigkeitserklärung Biafras am 30. Mai 2017 warnt die MASSOB die Sicherheitskräfte am 14. Mai 2017 vor weiteren Tötungen von Biafra-Aktivisten (Daily Post, 14.5.2017). Ungeachtet der Gewalt und Willkür werde seine Organisation vom Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen und am Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung mit friedlichen Protesten auf ihre Anliegen aufmerksam machen.

7. Streit um Vorwürfe von Amnesty International

Nach der blutigen Niederschlagung einer Demonstration von Biafra-Aktivisten in Aba im Bundesstaat Abia am 9. Februar 2016 wirft die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) Nigerias Sicherheitskräften vor, mit exzessiver Gewalt gegen Demonstranten im Südosten des Landes vorzugehen (IB Times, 24.2.2016).

Am 10. Juni 2016 veröffentlicht Amnesty International eine Presseerklärung, in der sie eine unabhängige Untersuchung der mutmaßlichen Tötung von Pro-Biafra-Aktivisten durch nigerianisches Militär fordert. Das Militär weist noch am gleichen Tag alle Vorwürfe harsch von sich.

Der stellvertretende Pressesprecher der Armee H.A. Gambo wirft in einer Stellungnahme der Menschenrechtsorganisation vor, „falsche“ und „irreführende“ Eindrücke zur Rolle der Streitkräfte in der Öffentlichkeit zu vermitteln (Pulse Nigeria, 10.6.2016). Bei den Auseinandersetzungen mit gewaltbereiten Pro-Biafra-Aktivisten an der strategisch bedeutsamen Niger-Brücke in Onitsha habe die Armee die größtmögliche Zurückhaltung walten lassen. Die Streitkräfte hätten professionell gehandelt und alle Regeln zur erfolgreichen De-Eskalation beachtet. Amnesty International hingegen spricht von exzessivem Gewalteinsatz durch die Sicherheitskräfte, dem vermutlich mehrere Dutzend Demonstranten zum Opfer gefallen seien.

Massiv kritisiert der Pressesprecher die Menschenrechtsorganisation, indem er erklärt: „Es ist ziemlich unvorstellbar für einen Einzelnen oder eine Gruppe, sich zu entscheiden, die breite Öffentlichkeit mit einer Ansammlung von Anekdoten nicht-verifizierter Erzählungen zu überschwemmen, um das Ansehen der Armee zu diskreditieren (...)“.

Trotz der harschen Kritik des Armeesprechers lässt sich ai nicht einschüchtern und bekräftigt die Vorwürfe. Am 29. September 2016 beschuldigt ai in einer Presseerklärung die nigerianischen Behörden, regierungskritische Stimmen mundtot zu machen durch die Verhaftung und Einschüchterung von Journalisten und Demonstranten. Die Organisation verweist in diesem Zusammenhang auf den Umgang mit den Familienangehörigen der von Boko Haram entführten Schülerinnen aus Chibok und auf die brutale Niederschlagung von Protesten von Schiiten. Auch prangert Amnesty International in diesem Zusammenhang willkürliche Verhaftungen von Biafra-Aktivisten und den exzessiven Einsatz von Gewalt gegen Pro-Biafra-Demonstranten an (Amnesty International, 29.9.2016).

Noch weitreichender ist die Kritik, die die internationale Menschenrechtsorganisation in ihrem am 24. November 2016 veröffentlichten 60-seitigen Menschenrechtsreport zur tödlichen Repression der Sicherheitskräfte gegen Biafra-Aktivisten äußert. Die Organisation geht davon aus, dass zwischen August 2015 und 2016 mindestens 150 Biafra-Aktivisten durch Sicherheitskräfte zu Tode kamen und hunderte Personen verletzt wurden. Dem Report liegen 193 Interviews (meist mit Augenzeugen) und die Analyse von 87 Video-Aufnahmen und 122 Fotos zugrunde. Auch in seinem Jahresbericht 2016/2017 wiederholt Amnesty International seine Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte, exzessiv Gewalt gegen Biafra-Aktivisten anzuwenden (Amnesty International Report 2016/2017, S. 279).

Nigerias Sicherheitskräfte und die Regierung reagieren auf die Veröffentlichungen äußerst verärgert. Das Verteidigungsministerium wirft den Menschenrechtlern „Lügen“ und „Erfindungen“ vor (Ynaija, 22.2.2017). Der Report enthalte „Lügen, die die Armee lächerlich und unmöglich machen sollen“, erklärt der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Brigadegeneral Rabe Abubakar (Vanguard, 23.2.2017). Auch wirft der Armeesprecher der Menschenrechtsorganisation Einseitigkeit und Parteilichkeit vor, sie nehme grundsätzlich Partei für Zivilisten, auch wenn diese Gewalt anwenden würden. Auch preist sich die Armee öffentlich für ihr transparentes und an rechtsstaatlichen Werten orientiertes Vorgehen. Dabei hält sich selbst die US-Armee im Kampf gegen die radikal-islamische Terrorgruppe Boko Haram mit Kooperationsvorhaben zurück, da man nicht durch die berüchtigte Rücksichtslosigkeit der nigerianischen Streitkräfte kompromittiert werden möchte. Und in den Bürgerkriegsregionen Bornos haben Zivilisten oft ähnlich viel Angst vor Boko-Haram-Kämpfern wie vor regulären Soldaten. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen nigerianische Soldaten rücksichtslos auch gegen die Zivilbevölkerung vorgehen.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums macht unmissverständlich deutlich, dass Nigerias Militär den Report von Amnesty International „in seiner Gänze zurückweist und appelliert an alle wohlmeinenden Nigerianer, den Report nicht zu beachten und seinen Inhalt zu missbilligen, weil er Nigeria in schlechtem Licht erscheinen lässt.“ (Vanguard, 23.2.2017) Wie schon in der Vergangenheit leugnet Nigerias Armee jegliche Verfehlungen und attestiert sich selbst Gesetzestreue. So erklärt der Sprecher der nigerianischen Polizei, Don Awunah, dass „alle Polizisten immer das Gesetz beachten“, und betont: „Wir greifen keine Menschen an, die demonstrieren, denn jeder Nigerianer hat das Recht dazu.“ (Guardian, London,

24.11.2016) Unzählige Demonstranten haben andere, negative Erfahrungen mit Nigerias Polizei gemacht, doch die Sicherheitskräfte bestehen darauf, sich von jeder Verantwortung für Übergriffe und Todesfälle freizusprechen.

Die Schärfe der öffentlichen Auseinandersetzungen zeigt aber auch, wie eng der Spielraum für Nichtregierungsorganisationen in Nigeria geworden ist, wenn es um das „Reizthema“ Menschenrechte für Biafra geht. So mobilisieren Nichtregierungsorganisationen in Nigeria öffentlich und massiv gegen Amnesty International, seit die Organisation die Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte erhob. So hat die „Save Africa Group“ Unterschriften von 100 Nichtregierungsorganisationen gesammelt und appelliert gemeinsam mit ihnen an die Vereinten Nationen, Amnesty International aufzufordern, sich nicht gegen Nigeria zu verschwören und das Land nicht zu destabilisieren.

Die Forderungen der 100 Nichtregierungsorganisationen sind zwar politisch absurd und die Vereinten Nationen sicherlich nicht der richtige Adressat. Doch die unprofessionell geäußerte Kritik macht deutlich, wie kritisch die Stimmungslage gegenüber auch begründeter Einwürfe von Menschenrechtsorganisationen in manchen politischen Kreisen in Nigeria geworden ist (ThisDay, 29.3.2017). Der Vorsitzende der Organisation, Olayemi Success, ist davon überzeugt, dass ai Teil einer größeren Verschwörung ist, die darauf abzielt, Nigeria in den Krieg zu stürzen und ein Auseinanderbrechen des Landes herbeizuführen. Die Vereinten Nationen müssten daher dringend aktiv werden, bevor Amnesty International eine neue humanitäre Katastrophe wie in Syrien oder in den von Boko Haram kontrollierten Gebieten heraufbeschwöre.

Doch auch bei der Streuung von Zweifeln und Vorbehalten gegenüber der Arbeitsweise und den Erkenntnissen von ai wird in Nigeria recht unprofessionell vorgegangen. So steht Olayemi Success der nigerianischen Staatsführung nahe, da er während der Wahlkampagne des heutigen Staatspräsidenten Buhari im Frühjahr 2015 als Nationaler Koordinator des „Buhari Volunteers Network“ (BVN) gearbeitet hat (Naij, 16.3.2015). In vielen Presseerklärungen und bei öffentlichen Auftritten lobte er den früheren General (www.nta.org/news/Politics/20150317-buhari-volunteer-network-valls-for-decorum-between-political-parties/ oder <https://www.abusidiqu.com/stop-the-mischief-buhari-volunteer-network-bvn-warns-fayose-fani-kayode-over-unholy-attack-on-buhari/>). Auch verteidigte er Buhari gegen Kritik von anderen nigerianischen Politikern und war dabei in seiner Vorgehensweise nicht zimperlich. So warf er während des Wahlkampfs im Frühjahr 2015 dem früheren Luftfahrtminister, Schriftsteller und Rechtsanwalt

Femi Fani Kayode Hass-Kampagnen und hochprovokative Angriffe gegen Buhari vor und verwahrte sich gegen alle Fragen Kayodes zu der Gesundheit des Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl. Inzwischen weiß man, wie berechtigt diese Fragen waren, weil Buhari aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands seit Monaten nicht mehr seine Amtsgeschäfte wahrnehmen kann.

Insofern muss die heutige vehemente Kritik von Olayemi Success weniger als Stimme der Zivilgesellschaft Nigerias wahrgenommen werden als vielmehr als Unterstützung der Haltung der nigerianischen Regierung durch ihr nahestehende Kreise.

Auch eine Analyse des Amnesty-Reports durch die Organisation „Global Amnesty Watch“ (GAW) kann die in dem Bericht geäußerte Kritik am Vorgehen nigerianischer Sicherheitskräfte nicht entkräften. Auf einer Pressekonferenz in Nigerias Hauptstadt Abuja wirft der GAW-Präsident Philip Agbese Amnesty International vor, Teil einer weltweiten Verschwörung gegen Nigeria zu sein (Vanguard, 27.2.2017). Er attestiert der Menschenrechtsorganisation „krankhafte Besessenheit“, mordende Gruppen wie IPOB zu verteidigen. Auch kritisiert Agbese, dass ai „immer afrikanische Staaten oder Länder in der Dritten Welt“ im Visier habe und Menschenrechtsverletzungen bemängele. Die Organisation solle doch lieber einmal den exzessiven Gewalteinsatz der US-Polizei oder die hohe Zahl von Hinrichtungen in den USA untersuchen, empfiehlt der GAW-Präsident (Breaking Times, 23.2.2017).

Philip Agbese wird auf der Pressekonferenz als „Forscher in Rechtsfragen“ (law researcher) an der Universität Middlesex in London vorgestellt, der sich besonders mit Menschenrechtsfragen beschäftigt. Offensichtlich ist ihm dabei entgangen, wie und zu welchen Staaten ai arbeitet, weil er ansonsten nicht so pauschal und unqualifiziert an der Nichtregierungsorganisation Kritik üben würde. Denn Amnesty International veröffentlichte noch im Juni 2015 einen detaillierten 105-seitigen Menschenrechtsreport zum exzessiven Einsatz von Gewalt durch die Polizei in den USA und gilt weltweit als die lauteste Stimme gegen die Vollstreckung der Todesstrafe dort.

Philip Agbese war den Nigerianern vor seinem Auftritt als GAW-Präsident vor allem als in Großbritannien lebender Publizist bekannt. Für viele Medien (Nation, Daily Post, The Nigerian Voice, Today etc.) verfasst er Beiträge oder Kommentare zur Politik in Nigeria. Sich selbst bezeichnet er in einem Offenen Brief an Präsident Buhari vom 22. August 2016 als in „Großbritannien lebenden patriotischen

Nigerianer“ (Breaking Times, 22.8.2016). In den meisten von ihm verfassten Berichten lobt er euphorisch die Verdienste von Staatspräsident Buhari (Daily Post, 6.12.2016). In einem Beitrag zur „Terrorismus-Bekämpfung und Massenmedien“ empfiehlt er eine enge Kooperation zwischen Journalisten und der Armee in Nigeria (Breaking Times, 27.9.2016). Dass eine solche Vision sich nicht deckt mit den Erfahrungen und Einschätzungen von Amnesty International nach 15 Jahren weltweitem Missbrauch von Menschenrechten im Antiterror-Kampf, ist offensichtlich.

So wirft Agbeses Auftritt vor den nigerianischen Medien mehr Fragen zur Kritik seiner Organisation GAW an dem Bericht von Amnesty International auf, als dass glaubwürdige Antworten gegeben werden. Definitiv zeigt der öffentliche Streit um die Vorwürfe jedoch, wie schwierig es auch in Nigeria im Jahr 2017 noch immer ist, Menschenrechtsverletzungen in Biafra zu thematisieren, ohne diffamiert und ausgegrenzt zu werden.

8. Pressefreiheit

Im März 2016 werden die Auflagen von mehreren Pro-Biafra-Zeitungen beschlagnahmt. Sie schürten Hass zwischen ethnischen Gruppen, wird ihnen vorgeworfen. Unter anderem sind von der Konfiszierung die Publikationen New Republic, Vesym und Freedom Journal betroffen. Das Büro einer Zeitung in Aba wird vom Militär geräumt und Verkäufern werden Zeitungen abgenommen (Vanguard, 16.3.2016).

Im August 2016 leitet das Militär eine Fahndung gegen Verleger von Pro-Biafra-Zeitungen ein (Vanguard, 17.8.2016). So erklären Straßenverkäufer von biafranischen Zeitungen, sie seien jüngst von Soldaten bedrängt worden, die Vertriebswege der Zeitungen und die Herausgeber der Publikationen preiszugeben. Einer der Straßenverkäufer wird von Soldaten in Gewahrsam genommen. Nach Aussage mehrerer Straßenverkäufer werden die biafranischen Zeitungen meist besser nachgefragt als viele nationale Zeitungen. Ein Zeitungsherausgeber, der seine Identität aus Angst vor Übergriffen von Sicherheitskräften nicht preisgeben will, bestreitet, dass seine Zeitung – wie von den Behörden behauptet – Hass zwischen ethnischen Gruppen schürt. Sie würden in ihrer Berichterstattung nur noch stärker den Fokus auf alle Ereignisse in Biafra legen.

In Ebonyi State wird der Korrespondent der Zeitung „New Telegraph“, Uchenna Inya, festgenommen, weil vermutet wird, dass er einen Bericht über das 17-jährige Bestehen von MASSOB herauszubringen wollte. Uchenna Inya berichtet von seiner fünfstündigen Festnahme mit Befragung. Die Polizei streitet die Festnahme ab (www.allafrica.com, 16.9.2016). Der nigerianische Journalistenverband verurteilt die willkürliche Verhaftung des Journalisten, die einer Demokratie nicht würdig sei (Vanguard, 16.9.2016).

Der Journalist Emmanuel Igwe der Zeitung National Issue Newspapers berichtet ebenfalls, er sei aufgrund eines kritischen Berichts über das Vorgehen der Polizei gegen Biafra-Aktivisten festgenommen worden (Vanguard, 16.9.2016). Nach seiner Freilassung hat er Beschwerde gegen die Einschränkung seiner Grundrechte beim Generalinspekteur der Polizei eingereicht. Der Journalistenverband droht mit einem Boykott jeder Berichterstattung über die Aktivitäten des Polizei-Hauptquartiers (www.allafrica.com, 16. 9.2016 / Today, 16.9.2016).

Am 29. Januar 2017 werden im Rahmen einer Razzia zehn Personen in Lagos festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, Publikationen über den Unabhängigkeitskampf Biafra gedruckt und verbreitet zu haben. Viele der Veröffentlichungen wurden unter dem Namen „Biafra Times“ verkauft. Laut Aussage des Herausgebers werden wöchentlich 6.000 bis 7.000 Exemplare der Zeitung in Umlauf gebracht (ThisDay, 30.1.2017 / Vanguard, 30.1.2017).

Im Bundesstaat Imo stellen die Sicherheitsbehörden den Betreibern der Webseite „247ureports.com“ nach, die auch Beiträge über die Misshandlung und Verfolgung von Biafra-Aktivisten veröffentlicht hat. Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden erkundigen sich mehrfach nach der Identität und den Kontaktdaten der Betreiber der Webseite, die sich daraufhin aus der Öffentlichkeit zurückziehen (Eagle online, 23.3.2017).

9. Staatspräsident Buhari unterschätzt Protestbewegung in Biafra

Staatspräsident Buhari tut sich schwer mit der zunehmenden Protestbewegung in Biafra und dem Gerichtsverfahren gegen Nnamdi Kanu. Offensichtlich hat die nigerianische Regierung keine klare und mittelfristige Strategie zur Lösung der Biafra-Frage. Nach einer längeren Phase des Wegschauens und Ignorierens gingen die Behörden mit der Festnahme Kanus, der Einleitung von Strafverfahren gegen

andere führende Biafra-Aktivisten und willkürlichen Inhaftierungen oder Erschießungen protestierender Biafraner einen neuen Weg der Kriminalisierung des Protests. Der für die nigerianischen Behörden peinliche Verlauf der Strafverfahren gegen Biafra-Aktivisten und die zunehmenden Proteste vor allem von Würdenträgern aus Politik und Gesellschaft im Südosten Nigerias führten dazu, dass Kanu aus der Haft freikam. Nichts deutet aber bislang darauf hin, dass sich die Staatsführung um eine politische Lösung der Biafra-Frage bemühen wird.

Dabei mangelt es nicht an Empfehlungen aus Politik, Kirchen und Gesellschaft, wie eine Eskalation vermieden werden kann. So rät Peter Obi, der frühere Gouverneur des Bundesstaates Anambra, den Dialog zu suchen, statt auf Gewalt und Kriminalisierung von Biafra-Aktivisten zu setzen. Es sei eine „hochsensible Angelegenheit“, die „mit größter Vorsicht“ angegangen werden müsse, erklärte der Politiker. Um einen glaubwürdigen Dialog führen zu können, sollten die Behörden zunächst alle inhaftierten Biafra-Aktivisten freilassen, empfiehlt der frühere Gouverneur (Daily Post, 6.4.2017).

Buhari hingegen warnt, dass Nigeria ein unabhängiges Biafra nicht tolerieren würde und dass er nicht mit Biafra-Aktivisten in einen Dialog treten werde. Für die nigerianische Regierung bleibe die Einheit des Landes Priorität. Auch wenn friedliche Proteste von Biafra-Aktivisten gestattet seien, wäre eine Abspaltung des Landesteils eine Verletzung der Verfassung Nigerias (IB Times, 7.3.2016). Bei einem Besuch beim Emir des im Norden Nigerias gelegenen Bundesstaates Katsina gelobt Buhari am 9. Mai 2016, alle verfügbaren Ressourcen und Mittel einzusetzen, um eine Abtrennung Biafras zu verhindern. Nachdrücklich appelliert der Präsident an alle Nigerianerinnen und Nigerianer, alle Aufrufe zur Abspaltung zu ignorieren, und versichert, er sei bereit zum Kampf für die Einheit Nigerias (Naij, 10.5.2016 / Newsweek, 10.5.2016). Auch verweist Buhari darauf, dass es mehr als zwei Millionen Leben gekostet habe, um ein vereintes Land zu sein. Statt Nigerias zu teilen, wäre es für die gesamte Bevölkerung besser, ins Meer zu springen und zu ertrinken. Auf die Initiativen von Biafra-Aktivisten reagiert Buhari nur mit abfälligen Äußerungen und unterstellt ihnen mangelnde Lebenserfahrung und fehlenden Realismus (The Sun, 10. Mai 2016/ Today, 11. Mai 2016).

In einer Ansprache vor mehr als 100 Mitgliedern des „National Youth Service Corps“ (NYSC) in seiner Residenz im Bundesstaat Katsina State ruft der Staatspräsident am 13. September 2016 alle Aktivisten auf, „ein unabhängiges Biafra zu vergessen“. Stattdessen sollten alle Menschen sich für mehr Wohlstand und Einheit in Nigeria einsetzen, erklärt Buhari. Ausführlich erzählt der Präsident

von seinen militärischen Erfahrungen im Biafra-Krieg im Kampf für die „Einheit“ des Landes (Daily Post, 13.9.2016 / ThisDay, 14.9.2016 / Naij, 14.9.2016).

Der ehemalige Luftfahrtminister Femi Fani-Kayode reagiert mit einer harschen Replik auf das Plädoyer des Präsidenten vor den Jugendlichen und wirft Buhari vor, sich im „Blut der Biafraner“ gesuhlt, ihre Knochen zerschlagen und ihre Würde und ihr Selbstwertgefühl zerstört zu haben, nur um die Einheit Nigerias zu gewährleisten (Daily Post, 16.9.2016). Buhari solle sich „schämen“; wenn Nigeria ein normaler Rechtsstaat wäre, dann müsse sich Buhari vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten. Wenn der Präsident wünsche, dass ein Ibo oder ein Angehöriger anderer im Süden lebender Völker in Nigeria bleibe, dann müsse das Land diese Menschen auch als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger behandeln, betonte der Politiker (Daily Post, 16.9.2016). Nigeria müsse den Angehörigen der Opfer des Genozids eine umfassende Entschädigung zahlen und sich für alle Verbrechen öffentlich entschuldigen, die in den letzten 200 Jahren an den Völkern im Süden des Landes und den Minderheiten im Norden des Staates verübt wurden, fordert er (Daily Post, 16.9.2016). Buharis Erklärung befremdete Femi Fani-Kayode besonders, weil die Ursachen des Völkermordes weder angesprochen noch geklärt seien (ThisDay, 17.9.2016).

Auch in nigerianischen Medien wird Kritik an Buharis Rede vor den Jugendlichen laut. So bezweifeln Kommentatoren, dass die Schilderungen seiner Rolle als Soldat im Krieg in Biafra zu einer Beruhigung der Lage im Südosten Nigerias beitragen werden. Denn statt eine offene öffentliche Diskussion über die Hintergründe des Aufbegehrens der Biafraner und über die noch immer „offenen Wunden“ dieses Völkermords zu beginnen, erklärt der Präsident nur kategorisch, dass es keine Alternative zur Einheit Nigerias gebe (The Nation, 18.9.2016). Einige Kommentatoren bedauern, dass Präsident Buhari und ein Großteil der politischen Klasse des Landes unfähig zu sein scheinen, sich selbst einzugestehen, dass alle Versuche gescheitert sind, in Nigeria eine Nation und nationale Identität der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Die IPOB wirft dem Staatspräsidenten vor, Biafra zu missachten und das Land der Ibo gezielt zu meiden. Trotz zahlloser Reisen in das In- und Ausland habe er in seinem Amt als bedeutendster Repräsentant Nigerias bislang nicht Biafra besucht (Vanguard, 17.9.2016). Auch hat die Regierung Buhari seit ihrer Amtsübernahme im Mai 2015 keine nennenswerten neuen Projekte in Biafra lanciert oder der Region ansonsten Aufmerksamkeit geschenkt. Selbst als am 22. Dezember 2016

das Wirtschafts- und Sicherheitsgipfeltreffen Südost-Nigerias in Enugu tagt, nehmen Buhari und seine Minister nicht an der bedeutenden Konferenz teil (Daily Post, 22.12.2016). So ist es kein Wunder, dass in Biafra die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung stetig weiter zunimmt.

Während einer USA-Reise bekräftigt Buhari, dass es kein Referendum für ein unabhängiges Biafra geben werde. Wer sich für Demokratie einsetzen wolle, solle dies in Parteien tun, aber nicht einen Staat im Staate gründen, erklärt der Präsident (Sahara Reporters, 24.9.2016 / Naij, 25.9.2016 / The Nation, 26.9.2016). Die IPOB, MASSOB und verschiedene andere biafranische Organisationen kritisieren unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Erklärung des Präsidenten.

In einer Biographie des Staatspräsidenten beschreibt der Autor John Paden, wie Buhari im Biafra-Krieg fast zu Tode gekommen ist. Buhari war einer der jüngeren Offiziere, der später sogar eine Brigade anführte. Viele Soldaten seines Bataillons starben an Typhus, der aufgrund von verseuchtem Wasser ausbrach. Mehrfach gab es Situationen, wo er nur knapp dem Tode entkam. So wurde einmal von einem Heckenschützen ein Nachbar Buharis erschossen. Bei einer anderen Gelegenheit geriet er mit seinen Soldaten in einen Hinterhalt, viele seiner Soldaten wurden dabei erschossen (Naij, 19.10.2016).

Am Rande eines Treffens mit traditionellen Führern aus Biafra in der Hauptstadt Abuja ruft Buhari im Februar 2017 nochmals dazu auf, jedes Engagement für eine Sezession Biafras zu beenden (Newsweek, 12.2.2017). Eine ähnliche Meinung vertritt auch das Außenministerium Nigerias, das in einer im März 2017 veröffentlichten Erklärung feststellt, das Engagement für einen unabhängigen Staat Biafra sei schädlich für Frieden, Einheit, Stabilität und Entwicklung Nigerias (Newsweek, 6.3.2017).

10. Geringe Aufmerksamkeit

Die stark zunehmenden massiven Menschenrechtsverletzungen an Biafranern werden in Europa kaum wahrgenommen. Während die nigerianischen Medien und auch einige US-Medien täglich über die Zuspitzung der Lage im Südosten Nigerias berichten, ist dies in den meisten europäischen Staaten kein Thema. Der Boko-Haram-Konflikt im Nordosten Nigerias erhält jedoch auch in Europa ein breites Medienecho.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch das Verhalten des Auswärtigen Amtes in Berlin. In einem Amtshilfeersuchen in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten wandte sich das Ministerium an den Vertrauensanwalt des deutschen Generalkonsulats in Lagos in Nigeria. Der nigerianische Rechtsanwalt wurde um eine Stellungnahme gebeten, um unter anderem zu klären, ob Anhänger von Biafra-Organisationen von der nigerianischen Polizei verfolgt werden.

Das Antwortschreiben des Juristen an das deutsche Generalkonsulat beziehungsweise das Auswärtige Amt liegt unserer Menschenrechtsorganisation vor. Der Vertrauensanwalt des deutschen Konsulats stellt in seinem Schreiben unmissverständlich fest: „Die Polizei Nigerias verfolgt Mitglieder von Biafra-Bewegungen nicht.“ Und führt weiter fort: „Der (Asyl-) Bewerber würde nicht verhaftet, wenn er in einer nigerianischen Botschaft einen Reisepass beantragen würde....“.

Die Leugnung der Verfolgung von mutmaßlichen Unterstützern von Biafra-Bewegungen ist erstaunlich angesichts der Vielzahl von glaubwürdigen Berichten über willkürliche Verhaftungen durch Polizei, reguläre Armee oder den Nationalen Geheimdienst (DSS). Diese Berichte stammen auch durchaus aus der Zeit vor der Abfassung der Stellungnahme des Vertrauensanwalts (also vor dem 10. November 2016). Allein bei einer gewissenhaften und unvoreingenommenen Auswertung von im Internet zugänglichen Berichten hätte der nigerianische Rechtsanwalt zu anderen Schlussfolgerungen kommen müssen.

11. Fulani-Krise eskaliert

Mit Selbstmordanschlägen hat die radikal-islamische Terror-Bewegung Boko Haram seit dem Jahr 2010 den Nordosten Nigerias mit Angst und Schrecken überzogen. Boko Haram ist heute weltweit in aller Munde, die Afrikanische Union hat eine gemeinsame Friedenstruppe aufgebaut, um den Einfluss der Terrorgruppe einzudämmen. Kein Gipfeltreffen der Europäischen Union oder der USA mit Staaten Afrikas, auf dem nicht auch der Kampf gegen Boko Haram erörtert wird. Selbst Lokalzeitungen in Deutschland berichten ausführlich über ihren unsäglichen Terror gegen die Zivilbevölkerung.

Und doch ist der Boko-Haram-Konflikt nicht die gewaltsamste Auseinandersetzung in dem westafrikanischen Staat. Während im Jahr 2016 zehn Prozent aller

Gewaltopfer in Afrika durch Boko Haram in Nigeria getötet wurden, fielen elf Prozent dem sogenannten Fulani-Konflikt zwischen Fulani-Nomaden und fest ansässigen Bauern zum Opfer, stellt das „Armed Conflict Location & Event Data Project“ in seinen aktuellen Statistiken zu Krisen in Afrika fest (Trends in violence by country in 2016, S. 6, Armed Conflict Location & Event Data Project / www.acleddata.com/trend-4-trends-in-violence-by-country-in...).

Das bei der Universität Sussex in Großbritannien angesiedelte Institut wertet in ganz Afrika regelmäßig alle verfügbaren Daten zur Entwicklung von Konflikten aus. Über Nigeria stellte das Projekt jüngst fest, dass im Jahr 2016 die Zahl der Toten im Fulani-Konflikt gegenüber dem Jahr 2015 um sieben Prozent angestiegen ist. Diese Zahlen sind alarmierend und werden weltweit weitgehend ignoriert. Doch die nigerianischen Medien müssen inzwischen täglich über neue Konflikte zwischen Fulani-Hirten und seit altersher ansässigen Bauern berichten.

Nigerias Regierung und Politiker werden angesichts der immer größer werdenden Dimension des Problems und der zunehmenden öffentlichen Reaktionen bei Wählerinnen und Wählern immer nervöser. Zwar ist der Konflikt schon seit Jahrzehnten bekannt und es hat bereits zahllose Konferenzen gegeben, auf denen nach Lösungen der komplexen Probleme gesucht wurde. Doch von den Empfehlungen wurden selten etwas umgesetzt, sei es weil es am politischen Willen oder am Handlungsdruck fehlte oder weil vermeintlich höherrangige Interessen oder Widerstände einzelner Gruppen eine Umsetzung verhinderten.

Heute tut die nigerianische Regierung das, was sie meist unternimmt, wenn es ein akutes Problem gibt und sie keine Erfolgsbilanz in der Frage aufzuweisen hat: Sie sucht nach den Schuldigen im Ausland! So erklärt Nigerias Landwirtschaftsminister Auduh Ogbeh auf einer Konferenz in Abuja am 16. Mai 2017, die meisten der Fulani-Hirten, die Angriffe auf Bauern oder deren Dörfer verüben würden, seien Ausländer (Premium Times, 16.5.2017). Man werde die illegale Einreise der Nomaden mit ihren Rindern stoppen und das Problem der ausländischen Hirten, die nigerianische Bauern töten, bei der nächsten Gipfelkonferenz der Afrikanischen Union ansprechen (The Nation, 17.5.2017). So sollen die Herkunftsländer der Nomaden gezwungen werden, die Hirten mit ihrem Vieh an der Ausreise zu hindern. Dass der Konflikt auch ein hausgemachtes Problem Nigerias ist und nicht nur vom Ausland verursacht wird, dürfte der Minister auch wissen. Und natürlich dürfte weder ein Nachbarstaat rein praktisch dazu in der Lage sein noch finanziell dazu die Mittel haben, um die Grenzen lückenlos zu

kontrollieren. Auch dürfte es in den Nachbarländern am politischen Willen zu diesen unpopulären Maßnahmen fehlen.

Der Fulani-Konflikt ist nicht neu, sondern Streit zwischen Nomaden, die auf der Suche nach Weideland sind, und Bauern, die um ihre Felder und Ernte fürchten, gibt es schon seit Jahrzehnten in Nigeria. Doch neu ist der Umfang der Krise und dass inzwischen fast alle Bundesstaaten davon erfasst sind. War es vor sieben Jahren noch ein Problem des Nordens Nigerias und der sogenannten Plateau-Staaten im Zentrum des Landes, so verschiebt sich der Konflikt immer weiter in den Süden und damit auch in die Kernregionen Biafras.

Als Ursache dafür wird oft der Klimawandel angegeben, der dazu führt, dass im Norden Nigerias und in angrenzenden Ländern Regenfälle abnehmen und sich so auch Weideflächen für die Viehhirten verringern. Gewalt entsteht vor allem während der Trockenzeit, wenn der Druck auf das immer weniger zur Verfügung stehende Gras- und Weideland besonders groß wird. So sind die Fulani sind auch Opfer des Klimawandels, der dazu führt, dass im Norden Nigerias und in den angrenzenden Ländern des Sahelraumes Gras- und Weideflächen kontinuierlich abnehmen und die Viehhirten händierend nach Ausweichflächen suchen, um das Überleben ihrer Herden und ihre eigene Existenz sicherzustellen. Ansonsten drohe ihnen die Aufgabe ihrer traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise, der Verkauf und die Schlachtung ihrer Herden sowie ihre Ansiedlung als unausgebildete Tagelöhner in den Slums der Großstädte, erklären die alarmierten Hirten (CTC Sentinel, *The Fulani Crisis, Communal Violence and Radicalization in the Sahel*, Andrew McGregor, Februar 2017, S.35).

Auseinandersetzungen entstehen auch oft dadurch, dass Fulani-Hirten irrtümlicherweise davon ausgehen, dass im Zentrum und im Süden des Landes ähnliche Landeigentumsverhältnisse gelten wie im Norden. Während das Land im Norden

Doch der Konflikt ist noch komplexer. So führt auch der Wandel des ländlichen Raumes mit der Einzäunung immer größerer Flächen zu einer starken Reduzierung möglicher Weidegebiete. Landraub (Landgrabbing) tut ein Übriges, um freie Land- und Weideflächen zu verringern. Auch das starke Bevölkerungswachstum von 2,7 Prozent jährlich und der hohe Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung (44,4 Prozent sind jünger als 15 Jahre) erschweren die Probleme (The Economist, *Pocket World in Figures*, 2016 Edition, S. 188). Denn die Herden werden immer größer, während immer weniger Weidefläche zur Verfügung steht.

Im Zusammenhang mit dem Biafra-Konflikt wird deutlich, dass die Fulani-Krise noch weit mehr Sprengkraft in sich birgt als ein gewöhnlicher Ressourcen- oder Verteilungsstreit. Denn die Biafraner und viele andere Christen in Nigeria sehen sich heute in einer defensiven Position, fürchten von Fulani gezielt verdrängt, marginalisiert oder sogar vernichtet zu werden. Denn der Konflikt hat auch eine ethnische und religiöse Komponente. So sind die Fulani, die auch Fulbe oder Peulh genannt werden, überwiegend Muslime, während viele der besonders bedrängten bäuerlichen Gemeinschaften und Dörfer im Zentrum, Südosten und Süden des Landes christlichen Glaubens sind. Dies gibt dem Konflikt eine äußerst gefährliche Dimension, weil bei einer weiteren Eskalation ein Bürgerkrieg in Nigeria drohen könnte.

In Biafra und anderen Regionen im Süden Nigerias hat man auch nicht vergessen, dass der Vater von Staatspräsident Buhari dem Volk der Fulani und die Mutter aus der im Norden traditionell ansässigen Gemeinschaft der Kanuri entstammte. Da Buharis Regierung bislang nur halbherzig den Fulani-Konflikt anging, sind viele Biafraner davon überzeugt, dass er den Fulani keine Grenzen aufzeigen will, sondern ihr Vorrücken stillschweigend duldet.

Seit Monaten eskaliert der Fulani-Konflikt vor allem in den Bundesstaaten Benue und Delta, in denen auch viele Biafraner leben.

Fulani-Krise schürt Spannungen in Benue

Jede Woche werden in Benue neue Angriffe von Fulani-Nomaden auf die ortsansässige Bevölkerung registriert. Nicht selten kommt es danach zu Gegengewalt. So nehmen die Spannungen zwischen den traditionellen Bewohnern des Bundesstaates und den neu angekommenen Hirten zu.

So überfällt am 15. Mai 2017 ein Fulani-Nomade eine junge Mutter in dem Dorf Adiko und verletzt sie so schwer mit einer Machete, dass sie einen Tag später stirbt (Daily Post, 17.5.2017). Als Vergeltung greifen daraufhin tags darauf aufgebrachte Bewohner ihres Heimatdorfes ein Fulani-Camp in Otokwe an und töten drei Menschen und drei Rinder.

In den Bezirken Mbavuur und Mbaya werden am 9./10. Mai 2017 bei mehreren Angriffen von Fulani acht Dorfbewohner getötet und 26 Personen verletzt (ThisDay, 12.5.2017 / The Nation, 12.5.2017). Die Hirten umzingelten die Siedlungen in der Nacht und töteten viele Bewohner mit Gewehren und Schwertern. Später trieben sie rund 5.000 Rinder auf die Felder der Bauern, um sie dort grasen zu lassen. Wenige Stunden nach diesem schweren Zwischenfall

entlässt Gouverneur Samuel Ortom seinen Sonderbeauftragten für Fulani-Fragen, Alhaji Garus Gololo, weil er öffentlich die Kritik des Gouverneurs an den Überfällen der Nomaden herunterspielte. Gololo gilt als Lobbyist der Nomaden, da er ihren bedeutendsten Dachverband, die „Miyetti Allah Cattle Breeders Association of Nigeria (MACABA)“, in dem Bundesstaat vertritt.

Angesichts der dramatischen Sicherheitslage bittet Gouverneur Ortom den amtierenden Vizepräsidenten Nigerias Yemi Obinsajo um ein Gespräch und erläutert ihm in einer einstündigen Unterredung am 16. Mai 2017 die Zuspitzung der Fulani-Krise in Benue (Guardian Nigeria, 17.5.2017).

Am 7./8. Mai werden zwei Bauerndörfer im Bezirk Logo von Fulani-Hirten angegriffen. Nach Informationen der Behörden kommen acht Menschen zu Tode. Bewohner der Dörfer sprechen jedoch von 20 Toten. Zahlreiche Menschen werden bei dem Überfall verletzt „Fulani-Hirten sind in das Haus meines Vaters eingedrungen und haben willkürlich um sich geschossen und getötet. Wann wird das endlich enden?“, fragt die Augenzeugin Margaret Acka (Breaking Times, 9.5.2017).

Am 24. April appelliert das Diaspora Forum der Tiv-Bevölkerungsgruppe in Benue an Staatspräsident Buhari, die gewaltsamen Überfälle von Fulani-Nomaden zu stoppen und sein Schweigen zu diesen Angriffen zu brechen (Daily Post, 24.4.2017). Die christliche Tiv-Bevölkerungsgruppe leidet im Zentrum Nigerias seit Jahren ganz besonders unter Überfällen von Nomaden.

Selbst Demonstrationen von Betroffenen in der Bundeshauptstadt Abuja und in Makurdi hätten den Präsidenten nicht dazu bewegt, das tragische Los der Überfallenen anzusprechen, erklären die Unterzeichner der Petition (ThisDay, 24.4.2017). Mit Bannern „Stoppt das Töten in Benue“, „Nigerias Brotkorb ist kein Blutbad-Staat“ und „Helft uns! Bauern werden auf ihren Bauernhöfen getötet“ demonstrieren die bedrängten Landbewohner aus Benue in der Bundeshauptstadt (The Punch, 6.4.2017). In einer Petition, die Demonstranten Parlamentariern überreicht haben und die von 50 traditionellen Führern der ländlichen Bevölkerung in dem Bundesstaat unterzeichnet wurde, heißt es: „Diese Angriffe finden unentwegt statt, sind voraussehbar und können verhindert werden.... Die jüngste Krise hat mehr als 500 Todesfälle verursacht, rund 30.000 Menschen vertrieben und Millionenschäden verursacht. Die Entwurzelten können nur in Grundschulen oder in benachbarten größeren Städten oder Marktplätzen Schutz

suchen. Die Zahl der Toten und Vertriebenen steigt täglich, da die Überfälle auf Dörfer weiter ungehindert anhalten“.

Die Massenflucht vieler Bauern könnte mittelfristig auch schwerwiegende Folgen für die Nahrungsmittelversorgung und die soziale Stabilität des Landes haben, fürchten viele Demonstranten. Denn wenn die Bauern in Nigerias Kornkammer ihre Felder nicht mehr bestellen und ernten können, dann wird sich dies auch negativ auf die Menge der im Land produzierten Nahrungsmittel auswirken. Und wenn es weniger Nahrungsmittel geben sollte, wird auch deren Preis steigen, so dass soziale Probleme zunehmen könnten.

Am 24. April 2017 beklagt auch Gouverneur Ortom, dass Nigerias Bundesregierung angesichts der durch die niedrigen Rohstoffpreise ausgelösten Wirtschaftskrise keine finanziellen Mittel hat, um mehr in den Schutz der Zivilbevölkerung vor neuen Angriffen von Nomaden zu investieren (Daily Post, 24.4.2017).

Williams Avenya, der katholische Bischof von Gboko, wirft der Regierung Einseitigkeit in der Fulani-Krise vor. So beschuldigt er die nigerianische Armee, in sein Haus und in Gemeinde-Einrichtungen auf „barbarische Weise“ eingedrungen zu sein, um nach Waffen zu suchen, während Fulani-Nomaden sich unbehelligt in der Öffentlichkeit mit schweren Waffen zeigten. „Die Soldaten in diesem Land sind einseitig. Warum versuchen sie das Land zu teilen, dessen Einheit sie eigentlich verteidigen sollen. Würden sie so eine Durchsuchung auch bei einem Imam oder einer Moschee machen“, fragt der Bischof (Daily Post, 24.4.2017).

Vier Angehörige des Volkes der Tiv sterben bei einem Überfall von Fulani-Hirten auf das Dorf Tse Igba Uke im Bezirk Makurdi am 20. April 2017 (Guardian Nigeria, 21.4.2017).

Eine Frau wird getötet und eine weitere Bäuerin schwer verletzt, als Fulani-Hirten am 10. April 2017 ihr Dorf Adam im Bezirk Mbakyor überfallen und sie mit Macheten angreifen. Die Frauen arbeiten gerade auf ihrem Bauernhof, ihren Kindern gelingt die Flucht (The Punch, 11.4.2017).

Am 2./3. April 2017 überfallen Fulani-Nomaden das Dorf Ikoyawen im Bezirk Moon und die Siedlung Alaba im Bezirk Nzaav. Sie schießen willkürlich auf Passanten in den Dörfern und töten 15 Angehörige des Volkes der Tiv (Guardian Nigeria, 4.4.2017 / The Punch, 4.4.2017).

Hirten überfallen am 27.März 2017 das Jato-Aka-Landwirtschaftsprojekt des staatlichen Gefängnisdienstes von Benue und töten einen in dem Projekt arbeitenden Strafgefangenen (Breaking Times, 28.3.2017).

Bei einem Angriff auf das Dorf Akena werden am 25.März 2017 sieben Bauern von Hirten ermordet (Agence France Press, 26.3.2017).

In dem Dorf Gbajimba werden am 20. März 2017 bei einem Überfall von Nomaden 13 Tiv getötet (Agence France Presse, 26.3.2017).

Nach einem Angriff auf das Dorf Tomo-Mbalagh, bei dem elf Menschen am 12. März 2017 sterben, stellt Gouverneur Ortom den Nomaden ein Ultimatum von 48 Stunden, um die Region zu verlassen (Vanguard, 14.3.2017).

Bei Auseinandersetzungen zwischen Hirten und Bewohnern des Dorfes Ipiga werden am 23. Januar 2017 zehn Menschen getötet (ThisDay, 24.1.2017).

In den Dörfern Sontyo und Adayohov kommen am 25. Juli 2016 bei Angriffen von Nomaden zehn Bauern zu Tode (News Agency of Nigeria, 26.7.2016).

Der frühere Senatspräsident David Mark fordert im Juli 2016 ein entschlosseneres Vorgehen der Bundesregierung Nigerias gegen die tödlichen Angriffe von Fulani-Nomaden in Benue. Der Bundesstaat habe sich immer mehr zum Epizentrum des Fulani-Konflikts entwickelt, so habe es in neun Bezirken Benues immer wieder Übergriffe auf Bauern gegeben (News Agency of Nigeria, 14.7.2016). Die Lage sei „höchst besorgniserregend und nicht länger zu tolerieren“, erklärt der Politiker.

Bei Angriffen auf mehrere Dörfer kommen 81 Menschen Anfang Juli 2016 zu Tode. In Benue wird das Schweigen der Regierung Buhari zu den neuerlichen Übergriffen in den sozialen Medien heftig kritisiert (News Agency of Nigeria, 11.7.2016).

Bei Überfällen auf Bauern in den Bezirken Logo und Ukum kommen am 21. Juni 2016 zehn Menschen zu Tode. Die Behörden des Bundesstaates kündigen daraufhin an, dass sie das unbegrenzte Weidenlassen von Viehherden verbieten werden, um neuerliche Auseinandersetzungen zwischen Hirten und Nomaden zu verhindern (News Agency of Nigeria, 23.6.2016).

Mindestens 59 Menschen sterben, als am 18./19. Juni 2016 rund 3.000 bewaffnete Fulani-Nomaden in den Bezirk Logo einfallen, wahllos Häuser und Bauernhöfe zerstören und die Bewohner töten. So wurden allein am 18. Mai in dem Dorf Ugondo 15 Personen ermordet. Zahlreiche Menschen werden bei den Überfällen verletzt (News Agency of Nigeria, 20.6.2016). Kester Kyange,

Abgeordneter des Wahlkreises im Regionalparlament von Benue, ist tief erschüttert vom Ausmaß der Gewalt und fordert Buhari auf, endlich die Initiative zu ergreifen und sich glaubwürdig für ein Ende der Konflikte einzusetzen.

Indigene Idoma, die traditionell in dem Bezirk Agatu leben, kündigen in der Bundeshauptstadt Abuja an, nicht länger auf den Schutz durch staatliche Sicherheitskräfte warten zu wollen, sondern mit Waffen eine eigene Verteidigung gegen mögliche Eindringlinge organisieren zu wollen. Mehr als 2.000 ihrer Häuser seien schon zerstört worden. „Wir sagen, genug ist genug mit diesen Angriffen auf die Idoma“, erklärt einer ihrer Sprecher (News Agency of Nigeria, 23.5.2016).

Als Fulani-Nomaden am späten Abend des 13. Mai 2016 das Dorf Tarfi angreifen, kommen zwölf Personen zu Tode (News Agency of Nigeria, 15.5.2016). Mordend und plündernd ziehen die Angreifer durch die Siedlung und brennen Häuser der Urbevölkerung nieder.

Zwischen Februar und April 2016 besetzen Fulani-Hirten 15 Dörfer in dem Bezirk Agatu. Bei den Angriffen kommen 500 Menschen zu Tode. Später gelingt es Sicherheitskräften, fünf dieser Dörfer wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Augenzeugen berichten, dass in den Orten Gesundheitszentren, Grundschulen, Gebetsräume und Polizeistationen niedergebrannt oder zerstört wurden (Christian Solidarity Worldwide, 7.4.2016).

Sechs Bauern werden am 7. Dezember 2015 im Dorf Idele von Fulani-Nomaden getötet, nachdem die Dorfbewohner vergeblich versucht hatten, die Hirten mit ihren großen Viehherden zu stoppen (Vanguard, 8.12.2015).

Mehr als 100 Dorfbewohner kommen zu Tode, als am 24. Mai 2015 schwer bewaffnete Nomaden die Dörfer Gafa, Ukura, Tse-Gusa und Per angreifen. Die meisten Toten sind Frauen, Kinder und ältere Menschen, die oft schon so sehr von Krankheit gezeichnet sind, dass sie nicht fliehen können (ThisDay, 26.5.2015).

Acht Menschen kommen am 15. Mai 2015 zu Tode, als bewaffnete Hirten mehrere Dörfer im Bezirk Shengev überfallen (ThisDay, 16.5.2017).

Viele Übergriffe von Fulani-Nomaden im Bundesstaat Delta

Das Repräsentantenhaus Nigerias, die untere Parlamentskammer des Landes, fordert die Polizei am 17. Mai 2017 auf, den Schutz der indigenen Bevölkerung Deltas vor eindringenden Nomaden sicherzustellen (Breaking Times, 17.5.2017). Bei der Debatte über den Antrag verweisen die Parlamentarier auf die

anhaltenden Überfälle. So wurden erst am 11. Mai 2017 sechs Menschen der Ossissa-Gemeinschaft in ihrem Dorf von Nomaden getötet.

Ifeanyi Okowa, Gouverneur des Bundesstaates Delta, fordert mehr Austausch von Erkenntnissen über bevorstehende Übergriffe von Nomaden unter den Sicherheitsorganen Nigerias. Okowa wirft den hochbewaffneten Nomaden vor, Gesetz und Ordnung nicht zu beachten, sondern sich ihr eigenes System der Kontrolle zu schaffen und die Zivilgesellschaft mit Waffengewalt zu terrorisieren (Vanguard, 15.5.2017). Auch der einflussreiche Chief Lucky Ochuko Ararile aus dem Delta-Staat wirft der Bundesregierung Nigerias Untätigkeit beim Schutz der indigenen Zivilbevölkerung vor Angriffen von Nomaden vor (Guardian, 12.5.2017).

Schwer bewaffnete Hirten blockieren am 12. Mai 2017 den Zugang zu dem Dorf Ossiasa in dem Bezirk Ndokwa und versuchen, die Siedlung zu stürmen. Jugendliche einer Selbstverteidigungsmiliz leisten jedoch Widerstand. Vier Menschen kommen bei den bewaffneten Auseinandersetzungen zu Tode. Viele Dorfbewohner fliehen (ThisDay, 13.5.2017).

Am 11. Mai 2017 sterben sieben Menschen im Bezirk Ndokwa bei Übergriffen von Hirten. So wird der Taxifahrer Udoka Ossai von schwer bewaffneten Nomaden enthauptet, als er einen Fahrgast in das Dorf Ossiasa bringt, das seit längerem Widerstand gegen die vorrückenden Fulani-Nomaden leistet. Auch werden sechs Bauern, die sich auf dem Rückweg von ihren Feldern befinden, von Fulani-Nomaden ermordet (Daily Post, 12.5.2017). Jugendliche aus dem Dorf, die einer Selbstverteidigungsmiliz angehören, blockieren daraufhin Straßen in der Umgebung des Ortes, um gegen die Untätigkeit der Polizei zu protestieren, die nach Meinung der Dorfbewölkerung nur halb gegen die schleichende Landenteignung durch Fulani-Nomaden vorgeht oder sogar vollkommen untätig bleibt.

Ein Polizeiinspektor wird am 10. Mai 2017 getötet und drei seiner Kollegen werden schwer verletzt, als sie in Abraka im Bundesstaat Delta in einen Hinterhalt gelockt und ihr Polizeifahrzeug angegriffen wird. Sie hatten einen Kontrollpunkt einrichten wollen, um den Weiterzug von Nomaden in der Region zu verhindern (Daily Post, 10./12.5.2017 / ThisDay, 13.5.2017).

Der Vorsitzende des Nigerianischen Studentenverbandes (National Association of Nigerian Students, NANS) im Bundesstaat Delta, Precious Ogonegbu, warnt am 1. Mai 2017 in einem an den Gouverneur gerichteten Offenen Brief vor Vergeltungsangriffen von indigenen Dorfbewohnern gegen Fulani-Nomaden,

wenn nicht endlich etwas gegen ihre Vergewaltigungen, Morde und Landenteignungen unternommen werde. Der Studentenvertreter erwähnt in seinem Appell, dass Hirten erst jüngst die Dörfer Ubulu-Uku, Erweni, Ewheru and Abraka verwüstet hätten. In dem Brief wird ein Acht-Punkte-Plan vorgeschlagen, um die Gewalt einzudämmen und die Konflikte zu lösen. Auch müssten die Morde an Dorfbewohnern endlich glaubwürdig strafrechtlich geahndet werden, Straflosigkeit schüre nur weitere Gewalt. Der Bundesstaat müsse eine Task Force aus Sicherheitsbehörden und Vertretern der Dorfbevölkerung aufbauen, um zukünftige Attacken wirksam zu verhindern (Guardian Nigeria, 1.5.2017).

Der Pressesprecher des Bundesstaates Delta, Patrick Ukah, fordert am 30. April 2017, die Gefahr durch schwerbewaffnete Hirten ernster zu nehmen, um einen vollständigen Zusammenbruch von Recht und Ordnung zu vermeiden (Guardian Nigeria, 1.5.2017).

Am 24. April 2017 wird Salomon Ejoor aus dem Dorf Urhuoka-Abraka von Fulani-Hirten enthauptet. Der junge Mann hatte versucht, seine Mutter zu retten, die von Nomaden bedrängt wurde. Wütende Dorfbewohner nehmen der Polizei seinen Leichnam ab und bringen ihn zum Bürgermeister. Wenn der Gouverneur nicht endlich sein Schweigen zum Terror der in die Region eingefallenen Nomaden breche, werde man mit dem Toten bis vor seine Residenz ziehen, drohen die aufgebrachten Mitbewohner des Enthaupteten an (Vanguard, 26.4.2017). Die Demonstranten sind so wütend, dass sie gewalttätig werden und Fahrzeuge demolieren, bis Soldaten intervenieren.

Seit längerer Zeit in dem Dorf lebende 100 Hausa aus Nordnigeria suchen aus Angst vor Übergriffen ihrer Mitbewohner Zuflucht in einer Polizeistation (Vanguard, 27.4.2017).

Der Protest der aufgebrachten Dorfbewohner hat zumindest zur Folge, dass der aus der Region stammende Senator Ovie Omo-Agege nach langem Schweigen endlich reagiert und seine tiefe Besorgnis über die angespannte Lage und Gewalt äußert. Auch fordert der Senator, die Regierung müsse nun handeln und im „nationalen Interesse gegen diese Terroristen vorgehen“ (Vanguard, 30.4.2017).

Bauern aus dem Dorf Ebu nehmen zwei Fulani-Hirten in Gewahrsam, die beschuldigt werden, Felder nahe des Dorfes verwüstet und Frauen vergewaltigt zu haben. Die Beschuldigten werden von den Dorfbewohnern der Polizei übergeben und beteuern ihre Unschuld (Guardian Nigeria, 4.5.2017).

Nachdem er ein Jahr lang zu Gewalt und Morden im Rahmen der Fulani-Krise geschwiegen hat, gibt Gouverneur Okowa sein Schweigen Anfang Mai 2017 auf und prangert die anhaltenden Tötungen und Vertreibungen von Bauern an. Nachdrücklich kritisiert er die Gewalt und Enteignungen von Bauern, die eine Erhöhung der Lebensmittelpreise und zunehmende soziale Spannungen zur Folge hätten. Er bezeichnet in einer Ansprache das Schweigen der Bundesregierung Nigerias zu dem Problem als „schlechtes Omen“ und als inakzeptabel für seinen Bundesstaat. Die Bundesregierung müsse nun endlich handeln und die Hirten dazu bringen, Gesetz und Recht zu respektieren, um den Frieden im Bundesstaat Delta zu garantieren (Naij, 3.5.2017 / Vanguard, 1.5.2017).

Am 2. Mai wird ein Bauer aus dem Dorf Urhuoka auf seinem Feld von Fulani-Hirten umgebracht. Die Nomaden warfen ihm vor, seine Felder mit einem Insektenvernichtungsmittel besprüht zu haben, um die dort grasenden Rinder der Nomaden zu töten (The Punch, 3.5.2017).

Bewohner des Dorfes Abraka widersprechen einer Erklärung des Polizeisprechers des Bundesstaates Delta, der öffentlich behauptet hatte, dass die Bürger von Ovre-Brake in Frieden mit muslimischen Hausa aus Nordnigeria zusammenleben würden. Der Präsident der Dorfgemeinschaft Tedwins Emudianohwo wirft Polizeisprecher Andrew Aniamaka vor, gelogen zu haben. Es gebe keinen Frieden in dem Dorf und auf den Bauernhöfen. „Wir sitzen auf einer Zeitbombe. Die Bedrohung ist ganz real für unsere Leute“, erklärt der Vertreter der verängstigten Dorfbewohner (Guardian Nigeria, 25.4.2017).

Evance Iwurie, Abgeordneter aus dem Regionalparlament des Bundesstaates Delta, appelliert an Präsident Buhari, endlich etwas zu tun gegen die Entführungen, Vergewaltigungen, Morde und Zerstörungen von Ackerland durch Fulani-Nomaden (Vanguard, 18.4.2017).

Das Regionalparlament des Staates Delta berät über einen Gesetzentwurf zum Verbot des Grasens von Viehherden, um gewaltsame Zwischenfälle zwischen Nomaden und Bauern zu vermeiden (Vanguard, 1.3.2017).

Gewalt nimmt auch in Biafra zu

Nicht nur in den im Norden und Westen Nigerias gelegenen Bundesstaaten nimmt die Gewalt bei Auseinandersetzungen zwischen Fulani-Nomaden und Bauern seit dem Jahr 2015 deutlich zu. Auch in Biafra wächst die Angst vor einer deutlichen Zunahme der Konflikte, die vor dem Hintergrund des unbearbeiteten und ignorierten Genozids dort nochmals besonders problematisch und gefährlich ist.

Im Bundesstaat Ebonyi stürmen biafranische Frauen am 22. März 2017 den Sitz der lokalen Behörden. Mit Transparenten „Fulanis haben unsere Ernte vernichtet“ und „Fulanis haben uns gedemütigt“ weisen sie auf die zunehmende Gewalt im Verhältnis von Nomaden und Bauern hin (Premium Times, 23.3.2017). Die Frauen berichten von einer 70 Jahre alten Witwe, die wenige Tage zuvor nach einer Vergewaltigung durch Nomaden ins Koma gefallen sein soll.

Der Vorsitzende des „Christlichen Verbandes Nigerias“ (Christian Association of Nigeria, CAN) im Bundesstaat Ebonyi erklärt Reverend Emmanuel Nshii am 22. Mai 2016, dass es keine Weideland für Viehherden von Fulani in dem Bundesstaat gebe. „Wir Igbo züchten auch Rinder, aber aufgrund des Landmangels haben wir dies schon seit langem eingeschränkt. Wir erklären daher, dass unser Land ausschließlich für den Anbau von Yams, Kassava und Reis vorgesehen ist“, sagt Nshii (News Agency of Nigeria, 23.5.2016).

Im Bundesstaat Anambra warnen 15 Dörfer gemeinsam am 28. März 2017 vor einer Zunahme von Vergewaltigungen durch Fulani-Nomaden. So seien in den vergangenen Wochen 20 Fälle in der Region registriert worden. Um die Privatsphäre der betroffenen Frauen und Mädchen zu schützen, wolle man keine näheren Details veröffentlichen, erklärte ein Sprecher der Igbo-Gemeinschaften aus der Region (The Punch, 29.3.2017). „Wir leben entlang der Grenze zum Bundesstaat Imo. Überall ist das Land verwüstet von Nomaden. Einige unserer Frauen sind von ihnen vergewaltigt worden, aber sie wollen nicht darüber reden, weil sie nicht stigmatisiert werden wollen. Die ganze Region Umunze ist bedroht“, sagt der Sprecher der 15 Dorfgemeinschaften (Premium Times, 29.3.2017).

Schon im Jahr 2014 gab es Zusammenstöße zwischen Fulani-Nomaden und Bauern im Bundesstaat Anambra. Damals setzte der Gouverneur Willie Obiano einen Untersuchungsausschuss ein, um die Fulani-Krise näher zu untersuchen und zwischen den Beteiligten zu vermitteln (Vanguard, 23.6.2014). Doch konkrete positive Ergebnisse hat die Arbeit des Ausschusses nicht erbracht.

Im Bundesstaat Abia zerstören Fulani-Hirten mit 300 Tieren im April 2017 eine Kassava-Farm im Bezirk Amakama. Der Präsident der Kassava verarbeitenden Betriebe im Südosten Nigerias Eze Ajomiwe verurteilt die Zerstörung des Betriebes und warnt vor weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der eskalierenden Gewalt (Breaking Times, 24.4.2017).

Eze Paul Ekwenye, der König der Abala-Gemeinschaft im Bezirk Obingwa, fordert die Regierung des Bundesstaates dazu auf, Bauern besser vor Enteignung und

Gewalt durch Fulani-Nomaden zu schützen. „Seit fünf Tagen halten Fulani-Hirten unser Land besetzt. Sie haben auch unsere Frauen und Händler angegriffen. Wir forderten die Polizei auf, uns besser und wirksamer zu schützen. So flohen die Hirten, als Polizisten kamen. Doch als sie wieder weggingen, kamen auch die Nomaden wieder.... Ihre Rinder haben unsere Pflanzen auf den Feldern weggefressen. So haben sie das auch schon im Nachbarstaat Enugu gemacht.“ (News Agency of Nigeria, 19.7.2016).

Im Bundesstaat Imo warnen Jugendorganisationen in einem Schreiben an den Gouverneur Rochas Okorocha vor einem verstärkten Eindringen von Fulani-Nomaden in den Bezirk Ngor Okpala (The Punch 3.5.2017). Dringend müssten die Sicherheitskräfte den Schutz der Dorfbewohner und Bauern verstärken und enger mit den akut Bedrohten zusammenarbeiten (Breaking Times, 4.5.2017).

Als der neue Polizeichef Chris Okey über bevorstehende Auseinandersetzungen zwischen Fulani-Nomaden und Bauern im Bezirk Ngor Okpala informiert wird, ruft er alle Beteiligten zu einem klärenden Gespräch auf, um die Unstimmigkeiten auf friedliche Weise zu beenden und einen Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Auch koordiniert er nun intensiver die Arbeit verschiedener staatlicher Sicherheitsorgane, um schneller reagieren und Gewalt wirksamer verhindern zu können (Guardian Nigeria, 28.4.2017).

Im Bundesstaat Enugu ist der Fulani-Konflikt schon seit mehreren Jahren ein Thema. So entführen Hirten im September 2016 zwei Bauern aus dem Dorf Aku im Bezirk Igbo-Etiti. Mit der Verschleppung soll wahrscheinlich der Diebstahl von 300 Tieren durch Bauern gerächt werden. Regelmäßig beklagen Fulani-Nomaden, dass Bauern mit Vieh-Diebstahl die Zerstörung ihrer Felder und Bauernhöfe rächen (News Agency of Nigeria, 21.9.2016). Die Bewohner von Aku leugnen jede Verstrickung in den Viehdiebstahl und machen kriminelle Banden für die Straftat verantwortlich (News Agency of Nigeria, 14.9.2016).

Die Igbo-Kulturorganisation „Ohanaeze Ndigbo“ verurteilt aufs Schärfste die Angriffe von 50 mutmaßlichen Fulani-Hirten auf Bewohner der Dörfer Ndiagu, Attakwu und Akegbe-Ugwu im Bezirk Nkanu-West. Bei den Überfällen wurden zwei Menschen getötet und vier Personen schwer verletzt. Der katholische Seminarist Lazarus Nwafor wurde ermordet und einer im sechsten Monat schwangeren Frau wurde der Bauch aufgeschlitzt. „Das ist nun wirklich ein Zwischenfall zu viel und wir wollen, dass Präsident Buhari dafür sorgt, dass dieses Töten aufhört“, erklärt Mazi Alex Okemiri, der Vorsitzende der Kulturorganisation

in dem Bundesstaat. „Die Regierung von Enugu sollte dem Beispiel Abias folgen und Selbstverteidigungsgruppen in allen Regionen des Bundesstaates aufbauen, um den blutrünstigen Fulani-Hirten Einhalt zu gebieten.“ (News Agency of Nigeria, 27.8.2016).

Am 25. April 2016 sterben 50 Menschen in dem Dorf Uzo Uwani bei einem Überfall auf ihre Siedlung. Während die Dorfbewohner von einer Attacke mutmaßlicher Fulani-Nomaden ausgehen, macht die Polizei Kriminelle für den Überfall verantwortlich (News Agency of Nigeria, 28.4.2016 / The Cable 27.4.2016). Das „Arewa Consultative Forum“ warnt vor einer pauschalen Verteufelung von Fulani-Nomaden (News Agency of Nigeria, 29.4.2016) und vor Vorurteilen, Misstrauen und Hass, die dadurch entstehen können.

Die Parlamentarier-Gruppe der Senatoren aus dem Südosten Nigerias wirft nach dem Überfall Präsident Buhari vor, gleichgültig gegenüber der Gewalt zu sein und die Überfälle von Nomaden zu ignorieren (News Agency of Nigeria, 28.4.2016). „Wir können nicht länger hier sitzen und zuschauen während unsere Leute täglich abgeschlachtet werden wie Hühner und noch nicht einmal die übliche Routine-Verurteilung durch die Präsidentschaft kommt“, erklären die Senatoren in ihrer schriftlichen Stellungnahme. Die Politiker zeigen sich besonders schockiert darüber, dass das Massaker mit Ansage erfolgte, weil es im Vorfeld viele Warnungen gegeben hatte, es den Sicherheitsorganen aber nicht gelang, die Gewalt zu verhindern (News Agency of Nigeria, 28.4.2016).

Am 2. April 2016 wird der katholische Geistliche Reverend Father Aniako Celestine von mutmaßlichen Fulani-Hirten entführt. Sie fordern für seine Freilassung mehr als 40.000 Euro Lösegeld (Christian Solidarity Worldwide, 7.4.2016).

Nach der Entführung von zwei Igbo-Frauen zerstören Hirten am 17. März 2016 die Felder des Dorfes Ungwuneshi im Bezirk Awgu. Als es noch zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Nomaden kommt, werden 76 Igbo von der Polizei festgenommen. Hirten werden von den Sicherheitskräften nicht in Gewahrsam genommen (Christian Solidarity Worldwide, 7.4.2016).

Fulani werben um Vertrauen

Die landesweit verbreiteten Überfälle mutmaßlicher Nomaden ruinieren den Ruf und das Ansehen der Fulani. Vertreter der Fulani jedoch werben um Verständnis für die in der Öffentlichkeit vor allem im Süden Nigerias so massiv kritisierte Bevölkerungsgruppe.

So erklärt der ehemalige Botschafter Nigerias in den USA und spätere Senator Professor Jubril Aminu, die Fulani seien keine Mörder, sondern selbst Opfer. Opfer einer sich schnell verändernden Welt, in der sich aufgrund des Klimawandels die Wüsten Nordwestafrikas immer mehr nach Süden ausbreiten und in der die zur Verfügung stehenden Weideflächen für Viehherden drastisch abnehmen (Vanguard, 27.4.2014). Früher hätten die Hirten nur Stöcke gehabt, heute würden die Waffen immer effizienter und tödlicher. Doch die Hirten bräuchten Waffen, um sich zum Beispiel gegen wilde Tiere zu schützen.

Ihre bedeutendste Lobby-Organisation, die „Miyetti Allah Cattle Breeders Association of Nigeria“, wird nicht müde, die Friedfertigkeit der Hirten zu betonen. So erklärt ihr Sprecher, der Senator Dagiri Alkali, die Fulani-Nomaden seien heute nur präsenter im Süden Nigerias, weil sie durch den Boko-Haram-Konflikt aus ihrem traditionellen Kernland in Nordnigeria vertrieben worden seien. Das starke Bevölkerungswachstum habe auch dazu geführt, dass in ganzen Regionen ein Großteil der Weideflächen weggefallen sei. Trotzdem würden noch rund 20 Millionen Menschen von der Viehwirtschaft in Nigeria leben. Auch würden die Nomaden immer wieder Opfer von professionellen Viehdieben und müssten sich gegen den Viehdiebstahl wehren, um zu überleben. Wenn sie ihre Waffen einsetzten, dann diene das nur zum Selbstschutz, um zu überleben (News Agency of Nigeria, 5.5.2016).

Auch Jugend-Organisationen der Fulani wehren sich gegen eine pauschale Verurteilung ihrer Bevölkerungsgruppe und betonen in der Öffentlichkeit, dass sie keine Killer seien oder schlimmste Verbrechen begehen würden (Vanguard, 12.1.2016).

In den Ohren vieler Igbo klingen diese Worte wie ein Hohn, weil schwer zu erklären ist, warum es dem Schutz von Fulani-Nomaden dient, wenn hochschwangeren Frauen die Bäuche aufgeschlitzt werden oder Kirchen zerstört und Dörfer niedergebrannt werden.

So bekamen denn auch die 19 Gouverneure aus Nordnigeria viel Kritik zu hören, nachdem sie am 29. April 2016 auf einer Konferenz in Kaduna die Fulani-Nomaden verteidigten und erklärten, die Hirten sollten nicht pauschal als Kriminelle abgestempelt werden (News Agency of Nigeria, 1.5.2016). Die unter den Yoruba im Südwesten Nigerias angesehene Nichtregierungsorganisation „Afenifere“ warf daraufhin den Gouverneuren vor, sie sollten sich für ihre Worte schämen. Nachdrücklich verlangte die Organisation eine Erklärung von den Gouverneuren,

warum es nur in der Mitte des Landes und im Süden gewalttätige Übergriffe gebe. Auch empfiehlt die „Miyetti Allah Cattle Breeders Association of Nigeria“ (MACABA) den Hirten, Felder und Ernten nicht zu zerstören, um Konflikte mit der bäuerlichen Bevölkerung zu vermeiden. Ohne eine friedliche Koexistenz zwischen Bauern und Hirten werde sich die sozioökonomische Lage Nigerias verschlechtern, erklärt die Organisation (The Punch, 26.3.2017). Da insbesondere in den fruchtbaren Regionen Biafras und des Südens Nigerias das Land intensiv landwirtschaftlich genutzt wird, klingen diese Empfehlungen nicht sehr realistisch.

Igbo und andere Bewohner des Südens weisen oft darauf hin, dass es bei dem Fulani-Konflikt nicht nur um die Zukunft verarmter und durch Folgen des Klimawandels besonders bedrängter Menschen geht, sondern dass es auch Großeigentümer der Viehherden gibt, die fern der Konfliktzonen leben. Sie treten vor Ort in den Konfliktgebieten kaum in Erscheinung, sondern lassen ihre Herden von Hirten betreuen, während sie in den großen Wirtschaftszentren von den Profiten der Viehwirtschaft leben. Die Angst vor einer Verdrängung und Entrechtung durch diese in Nigeria sehr einflussreiche Schicht der „Profiteure der Viehwirtschaft“ ist unter den Biafranern sehr groß.

Im Bundesstaat Nasarawa hat die MACABA ein 18-köpfiges Disziplinar-Komitee ernannt, um Hirten zu bestrafen, wenn sie Übergriffe begehen und den Frieden gefährden (News Agency of Nigeria, 8.10.2016). Doch an den Brennpunkten des Fulani-Konflikts haben solche Initiativen bislang nicht gegriffen.

Auch etablierten Fulani im Südwesten Nigerias einen Mediations-Ausschuss, der in Streitfällen zwischen Nomaden und Bauern vermitteln soll (Vanguard, 2.12.2015). Doch auch dieses Beispiel der Konfliktprävention fand bislang wenig Nachahmung in anderen Landesteilen.

Deutliche Kritik von Christen

Der „Christliche Verband Nigerias“ (Christian Association of Nigeria, CAN) appelliert an die nigerianische Regierung, für eine konsequente Strafverfolgung bei allen Auseinandersetzungen zwischen Hirten und Bauern zu sorgen, um die Gefahr eines Krieges einzudämmen (The Punch, 9.5.2017). Immer wieder beklagt CAN die mangelnde Sicherheit in Nigeria, die vor allem den Christen schade (ThisDay, 27.4.2017). Fulani-Nomaden seien oft bewaffnete Räuber oder sogar Söldner aus dem Ausland, erklärt CAN (ThisDay, 9.11.2015).

Der Präsident der „United Church of Christ in Nigeria“, Reverend Amos Kiri, fordert, Fulani-Nomaden wie Aufständische von Boko Haram zu behandeln und mit allem Nachdruck zu bekämpfen (The Punch, 3.4.2017).

Auch Joseph Bagobiri, der katholische Bischof der Diözese Kafanchan, sieht die Fulani-Nomaden als Terroristen an. In nur drei Monaten hätten sie den Bundesstaat Kaduna überrollt, beklagt der Bischof. Allein in seiner Diözese seien 53 Dörfer niedergebrannt, 808 Menschen ermordet und 57 zwischen September und Dezember 2016 verwundet worden. Im Rahmen der Welle der Gewalt seien auch 1.422 Häuser und 16 Kirchen zerstört worden (Kirche in Not, 21.12.2016). Die Regierung unternehme zu wenig, um die Angriffe auf christliche Einrichtungen zu stoppen, kritisiert der Bischof (www.catholicculture.org 2.5.2017).

Auch die Gouverneure der Bundesstaaten im Südosten Nigerias bekommen deutliche Kritik zu hören. „Das Ausmaß der Selbstzufriedenheit unter den Gouverneuren im Südosten ist besorgniserregend und kaum zu schlagen. Sie vergießen nur ein paar Tränen und machen große Worte, während ihr Volk ständig niedergemetzelt wird von den Hirten“, sagt der katholische Priester Ben Ogu aus der Diözese Ahiara (Vanguard, 30.9.2016).

Auch angesehene nigerianische Menschenrechtler kritisieren den Umgang mit dem Fulani-Konflikt. So wirft der Menschenrechtsanwalt Femi Falana der Regierung ethnische Säuberungen und Völkermord vor. Er hat vor dem Internationalen Gerichtshof (ICJ) in Den Haag und bei der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (Economic Community of West African States, ECOWAS) Klage gegen sein Heimatland eingereicht. Er beklagt ein „beispielloses Massaker an unbewaffneten Bauern“ und einen „sinnlosen Pogrom“. Weder Leben noch Eigentum seien sicher angesichts der Gewalt der Hirten. Nachdrücklich fordert der Anwalt die nigerianische Bundesregierung auf, unverzüglich drastische Schritte zu ergreifen, um die Gewalt zu stoppen, bevor ein neuer Krieg ausbreche, der vermeidbar gewesen sei (News Agency of Nigeria, 20.4.2016 / ThisDay, 21.4.2016).

Der international renommierte Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka äußert sich auch sehr kritisch zu der Fulani-Krise, nachdem im April 2017 Hirten in sein Haus in Abeokuta eindrangen. Er warf den Nomaden vor, sich im Süden Nigerias wie „Eroberer“ aufzuführen (ThisDay, 29.4.2017). Auch im Jahr 2016 hatten sich bereits Nomaden auf sein Grundstück verschafft. „Nigerias Staatsführung nimmt die Gefahr viel zu leicht hin“, kritisierte der Schriftsteller.

„Vor einem Jahr versprach der Präsident, dass die Vieh-Angriffe bald ein Relikt der Vergangenheit sein würden. Den Bürgern wird gesagt, sie sollen selbst auf sich aufpassen. Wir müssen unsere Staatsführung wachrütteln und ihr klarmachen, wie ernst und bedeutend das Alltagsleben und die Menschenrechte sind. Die Hirten sind schlimmer als Boko Haram.“ (Sahara Reporters, 29.4.2017). „Vielleicht sollten wir einmal einen eintägigen Fleisch-Boycott-Tag organisieren, um der Staatsführung deutlich zu machen, dass umfassende Aktionen nun notwendig sind“, erklärte Soyinka.

Hohe Zahl an Opfern

Glaubwürdige Schätzungen gehen davon aus, dass seit dem Jahr 2000 mehr als 60.000 Menschen bei den Auseinandersetzungen zwischen Hirten und Bauern in Nigeria getötet wurden (The Daily Beast, 3.11.2016). Allein zwischen Juni 2015 und April 2016 wurden 710 Menschen in 48 Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Fulani-Nomaden getötet (News Agency of Nigeria, 27.4.2016).

Regelmäßig differieren allerdings die Zahlenangaben über Opfer der Polizei und die Berichte der Betroffenen aus den überfallenen Dörfern. Oft ist die tatsächliche Zahl der Opfer vier- bis fünfmal so hoch wie die Angaben der Behörden. Dies entspricht der Politik der Bundesstaaten und der Bundesregierung, den Fulani-Konflikt kleinzureden und zu ignorieren.

Lange erwies sich diese Taktik des Aussitzens und Ignorierens als erfolgreich. Doch inzwischen hat der Konflikt solche geographischen und demographischen Ausmaße angenommen, dass jedes weitere Wegschauen unverantwortlich wäre.

Schwierige Suche nach Lösungen

Angesichts eines allseits steigenden Bevölkerungsdrucks und sich verknappender Ressourcen (weniger Weideland) gibt es keine einfachen Lösungen des Fulani-Konflikts. Erschwerend kommt hinzu, dass die Krise schon seit Jahrzehnten andauert und sich heute nur noch mehr zuspitzt. Aufgrund der langjährigen Auseinandersetzungen fehlt es allseits am gegenseitigen Vertrauen, so dass die Suche nach einer gemeinsamen Lösung besonders schwerfällt. Auch wirkt sich das fortgesetzte Versagen von Nigerias Bundesregierung und der Regionalbehörden in der Fulani-Frage sehr negativ aus. Seit Jahren veranstalten sie Konferenzen und Krisensitzungen zur Lösung der Probleme, ohne dass sich für die Betroffenen die Lage konkret bessert oder sie zumindest das Gefühl bekommen, dass Nigerias Politiker ernsthaft an einer Lösung der Schwierigkeiten interessiert sind und glaubwürdig daran arbeiten.

Sowohl die Bauern als auch die Fulani-Nomaden fühlen sich von den Eliten Nigerias im Stich gelassen und sehen sich als akut bedroht an. Während sich die Fulani durch Klimawandel, Boko Haram und große Veränderungen des ländlichen Raumes (Einzäunung von Land, immer weniger Weideflächen) in ihrer Existenz bedroht sehen, fürchten die seit altersher ansässigen indigenen christlichen Bauern in Biafra den Verlust ihres Eigentums, ihrer Rechte, ihrer Lebensexistenz und Vertreibung durch auf ihr Land vordringende Hirten. Bei den Biafranern werden diese Ängste 50 Jahre nach dem Beginn des Völkermords noch dadurch verstärkt, dass man sich erneut von Nigerias muslimischer Machtelite ignoriert und missachtet fühlt. Viele Biafraner bezweifeln die Neutralität des Staates in dem Konflikt und werfen Nigerias Regierung vor, mit ihrem Wegschauen die Eskalation der Gewalt zu schüren. Auch sehen sie Parallelen zum Völkermord, der vor 50 Jahren begann, und werfen Nordnigerias muslimischer Elite vor, die Belange der Christen zu missachten. Biafras Igbo sehen in dem Fulani-Konflikt eine neue Facette der forcierten Islamisierung, unter der sie seit Jahrzehnten leiden (Landkonflikte, ethnische Vorherrschaft und forcierte Islamisierung in Nigeria, Johannes Harnischfeger, Konrad-Adenauer-Adenauer Stiftung-AI, 2003, S.4ff.).

So hat der Fulani-Konflikt inzwischen viele Dimensionen, was seine Lösung umso schwerer macht. Dabei wirkt sich insbesondere auch negativ aus, dass der Völkermord an den Biafranern jahrzehntelang in Nigerias Öffentlichkeit und Politik tabuisiert wurde. So bestehen die alten Verletzungen und das tiefe Misstrauen zwischen Hausa/Fulani und Biafraner weiter. So rächt sich nun bitter das Versagen von Nigerias führenden Politikern, die irrtümlicherweise davon ausgegangen waren, dass sich die Biafra-Frage durch Ignorieren und Tabuisieren schon von alleine lösen würde.

Seit mehreren Jahren berät das nigerianische Parlament über einen Gesetzesentwurf zur Weide-Problematik, der die Einrichtung von Korridoren für mit ihren Herden durchziehende Nomaden, eingegrenzte Weideflächen für sie und die Schaffung von Viehwirtschaftsbetrieben vorsieht. Doch viele Igbo fürchten, dass Gesetz werde ihre schleichende Enteignung und Zerstörung ihrer Lebensgrundlage als Bauern besiegeln. Mit einer Zustimmung zu dem Gesetz würden sie nicht nur dem Verlust eigener Rechte und ihrer Marginalisierung in Nigerias Gesellschaft zustimmen, sondern mehr Ungewissheit riskieren, wenden Igbo ein. Denn Nigerias Gesetze werden meist nicht beachtet und ihre Einhaltung wird nur selten überprüft, so dass sich die Igbo fragen, was sie denn im Gegenzug für den Verzicht auf Rechte an Garantien erhalten (Daily Post, 13.4.2017).

Angesichts der massiven öffentlichen Kritik lehnen die Gouverneure und Senatoren aus dem Südosten des Landes das geplante Gesetz ab (Naij 3.5.2017).

In Biafra geäußerte Forderungen zur Lösung der Fulani-Krise:

- Die Biafraner erwarten, dass der Staat Nigeria gewährleistet, dass die in dem Land geltenden Gesetze auch respektiert werden.
- Entwaffnung der Nomaden, um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern.
- Die Sicherheitsbehörden sollten untersuchen, wer die Hirten mit neuen Waffen ausstattet, und nach wirksamen Methoden suchen, wie diese Waffenlieferungen zu unterbinden sind.
- Die Sicherheitskräfte müssen besser ausgebildet und ausgestattet werden.
- Die Präventionsmaßnahmen sollten verstärkt werden. So sollte der Zug der Viehherden mit Satelliten-Aufnahmen überwacht und gelenkt werden. Solange sie sich auf staatlichem Land befinden, müssen die Behörden über den Umgang mit den Nomaden entscheiden.
- Bildungsprogramme sollten verstärkt werden, um bei Hirten und Bauern das gegenseitige Verständnis der Probleme zu vertiefen.
- Das Eindringen der Herden auf Privatgelände muss von den Sicherheitskräften unterbunden werden.
- Wenn das Schäden verursacht, sollten die Bauern zeitnah und umfassend entschädigt werden.
- Die Dörfer müssen wirksamer von Sicherheitskräften geschützt werden und die Bewohner Notfallnummern erhalten, um Sicherheitskräfte schnell zur Hilfe rufen zu können.
- Die Hirten sollten besser mit Software ausgestattet werden, damit sie über ihre Mobiltelefone den genauen Standort ihrer Herden ermitteln können.

12. Geschichte des Völkermordes in Biafra

Am 30. Mai 1967 erklärte Biafra seine Unabhängigkeit von Nigeria. Nur wenige Tage später, am 6. Juli 1967 begann der Krieg im Südosten Nigerias, der in ein qualvolles Sterben von mehr als zwei Millionen Zivilisten einmündete und später

als der Genozid von Biafra bekannt werden sollte. Es waren nigerianische Soldaten, die am 6. Juli das Feuer eröffneten.

Doch eigentlich hatte der Krieg schon viel früher begonnen, ohne offiziell erklärt worden zu sein. Denn im Jahr 1966 hatte es immer wieder Massaker und Pogrome an Biafranern im Norden Nigerias gegeben. Sie waren aus dem Südosten des Landes zugewandert, um dort vor allem als Händler ein Auskommen zu suchen. Mindestens 30.000 Biafraner waren diesen Verbrechen zum Opfer gefallen. Unter den Getöteten waren nicht nur Igbos, die die größte Bevölkerungsgruppe in Biafra stellen. Denn zur Bevölkerung dieses Landesteils zählten auch 48 Minderheiten, von den Ibibios und Efik bis zu den Ekoi, um nur einige wenige zu nennen. Vor den schweren Menschenrechtsverletzungen in Nordnigeria flohen mehr als zwei Millionen Biafraner zurück in ihre Heimat. Die Antwort von der nigerianischen Bundesregierung unter General Yakubo Gowon auf die Unabhängigkeitserklärung des an Erdöl reichen Biafra war ein Vernichtungskrieg, wie ihn die 1960er-Jahre so noch nicht erlebt hatten.

Wole Soyinka macht sich für Biafra stark

Der weit über die Landesgrenzen Nigerias bekannte Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka macht aus seinem Engagement für Biafra keinen Hehl. „Ich bin sehr pro-Biafra, weil ich eingestehen muss, dass den Igbos schrecklich viel Unrecht zugefügt wurde... Es ist mit ihnen in einer Weise brutal umgegangen worden, dass es das Gefühl rechtfertigt, nicht Teil der Nation gewesen zu sein....Ich war Pro-Biafraner in dem Sinn, dass ich das Gefühl hatte, sie brauchen Gerechtigkeit“, erklärt Soyinka rückschauend an seinem 82. Geburtstag (Daily Post, 15.7.2016).

Scharf kritisiert Soyinka, dass man sich an nigerianischen Schulen mit diesem dunklen Kapitel der eigenen Geschichte nicht beschäftigt. „Die offiziellen Stellen wollen sich nicht mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzen, vor allem nicht mit der Geschichte, über die du unglücklich bist, aber wenn du dich nicht mit deiner Vergangenheit auseinandersetzt, wirst du die Zukunft vermessen.“ (Naij, 21.7.2016)

Die nigerianischen Soldaten besetzen die Küstenregion Biafras und die Grenzstreifen zum benachbarten Kamerun. Dreimal starten sie Großoffensiven gegen Biafra. Als ihnen die Angriffe nicht gelingen, verhängt Nigeria eine Land- und Seeblockade gegen den abtrünnigen jungen Staat. Rund zehn Millionen Menschen – in der Mehrzahl Zivilisten – werden von der nigerianischen Armee in einem Kessel eingeschlossen. Sie haben keine Chance, dem sich abzeichnenden Grauen

zu entkommen. Systematisch verhindert das Militär die humanitäre Versorgung der Eingeschlossenen. So wird Hunger als Mittel der Kriegführung eingesetzt, ein Verbrechen der Menschlichkeit an der Zivilbevölkerung. Zwei Jahre lang widersetzen sich die Biafraner der Invasions-Streitmacht, doch der Preis dafür ist hoch. Vor allem Kinder und ältere, geschwächte Menschen sterben an Hunger und Krankheiten. Im Sommer 1968 steigt die Zahl der Toten auf bis zu 10.000 am Tag. Bis zum Zusammenbruch Biafras im Januar 1970 fallen dem Völkermord trotz Hilfsaktionen der Kirchen und Unterstützungsinitiativen von Solidaritätsgruppen in aller Welt rund zwei Millionen Menschen zum Opfer.

Tausende Biafraner sterben bei massiven Luftangriffen auf ihre Wohngebiete in Dörfern und Städten oder bei Massakern und Gefangenenerschießungen. Die britische Tageszeitung Observer berichtet im Frühjahr 1968, dass 47 von 48 Luftangriffen gegen zivile Ziele gerichtet waren. Bei den Bombardements setzt Nigerias Luftwaffe Flugzeuge aus Großbritannien und der Sowjetunion ein. Beide Großmächte unterstützten Nigerias Vernichtungskrieg in Biafra auch massiv mit Rüstungslieferungen. Bei den Luftangriffen werden auch die Krankenhäuser in neun Städten zerstört, die für die medizinische und humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung besonders wichtig waren, sowie viele Schulen.

In vielen westlichen Staaten entstehen während des Genozids Unterstützungskomitees, um auf das Leiden der Zivilbevölkerung und auf die Verstrickung des Auslands in den Völkermord aufmerksam zu machen. In Hamburg gründen die Studenten Tilman Zülch und Klaus Guercke das „Komitee Aktion Biafra-Hilfe“, das schnell in ganz Deutschland aktiv wird, um gegen das Stillschweigen der deutschen Bundesregierung und die Verstrickung Großbritanniens in den Völkermord zu protestieren. Aus dem Komitee entsteht später die Gesellschaft für bedrohte Völker. Ein Appell des Komitees, zum Völkermord in Biafra nicht zu schweigen, wird von vielen namhaften Intellektuellen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet wie Ilse Aichinger, Stephan Andres, Ernst Bloch, Heinrich Böll, Paul Celan, Günther Eich, Jürgen Habermas, Rudolf Hagelstange, Erich Kästner, Siegfried Lenz, Peter Merseburger, Alexander Mitscherlich, Martin Niemöller, Robert Neumann, Marcel Reich-Ranicki, Klaus Wagenbach, Carl Zuckmayer und Gerhard Zwerenz. Mit dem Fall der letzten von biafranischen Kräften kontrollierten Stadt am 13. Januar 1970 bricht der Widerstand Biafras zusammen.

Nach dem Ende des Genozids setzen Nigerias herrschende Militärs ihre repressive Politik gegenüber den Biafranern fort. Diskriminierende Gesetze und Verordnungen schränken die Menschenrechte der Igbo und anderer in Biafra lebender Völker willkürlich ein. Der Genozid wird aus dem allgemeinen Bewusstsein gezielt verbannt. Weder wird er in Schulbüchern angemessen erklärt noch strafrechtlich, historisch, politisch oder gesellschaftlich aufgearbeitet. Jahrzehntlang wird der Völkermord von Nigerias führenden Politikern totgeschwiegen, tabuisiert und geleugnet.

Chinua Achebe erinnert an Biafra

Kurz vor seinem Tod im März 2013 veröffentlicht Nigerias prominenter Schriftsteller Chinua Achebe im Jahr 2012 ein Buch, in dem er ganz persönliche Erinnerungen an das Leben in Biafra festhält. Der Autor stammt aus einer Igbo-Familie und wird in seinem letzten Buch auch ganz politisch: Er prangert das Verhalten der westlichen Staaten gegenüber Biafra an, kritisiert scharf die Waffenlieferungen an Nigeria. Achebes Fazit zu Jahrzehnten schwerster Menschenrechtsverletzungen in Biafra klingt bitter: „Nigerias Bundesregierung hat immer Terrorismus toleriert. Mehr als ein halbes Jahrhundert lang hat die Bundesregierung weggeschaut, wenn es Wellen von blutigen und wilden Massakern an seinen Bürgern gab – vor allem an Christen aus dem Süden; meist Igbo oder Indigene aus dem Middle Belt (Zentrum Nigerias); und andere – die Täter blieben immer straflos.“

Doch die mangelnde Aufarbeitung des schrecklichen Geschehens rächt sich bitterlich. Denn Nigerias Schweigen zum Genozid und die anhaltende Diskriminierung von Biafranern schürt ihr neuerliches Aufbegehren in den vergangenen Jahren. Statt sich mit ihrer Kritik, ihren Wünschen und ihren Forderungen ernsthaft auseinanderzusetzen, setzt die nigerianische Regierung darauf, wegzuschauen und die sich zuspitzende Krise im Südosten des Landes auszusitzen. Weder wird ein politischer Dialog mit anerkannten Repräsentanten der Biafraner initiiert noch eine politische Lösung gesucht. Stattdessen setzt die Regierung auf die Kriminalisierung von Biafra-Aktivisten und betrachtet das wieder erwachende Aufbegehren nur als Sicherheitsproblem. Eine katastrophale und folgenreiche Fehleinschätzung, die nur weitere Spannungen und Gewalt schürt.